

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Eric Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Umf. Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 9. Juni 1932.

Separatismus?

Von Wilhelm Sollmann.

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

SPD. Die Reichsregierung von Papen ist kaum im Amte, und schon droht der Zerfall des Deutschen Reichs. So wenigstens ist in der weder nationalen noch sozialistischen Presse der Hakenkreuzler zu lesen. Landesverräterisch aus Dummheit und Bosheit belebt diese Presse die Hoffnungen der französischen Imperialisten auf den Rhein und Süddeutschland durch den unsinnigen Alarmruf, es sei in Deutschland "eine neue französische Donaukonföderation" im Entstehen. So schreibt das Blatt jenes Dr. Goebbels, der wohl ein Dutzendmal von deutschen Nationalisten straflos abgefemter Lügner genannt worden ist, weil er behauptet hat, für sein Deutschtum in belgischen Gefängnissen gelitten zu haben. Bis zu dieser Stunde hat der Rheinländer Goebbels sich vorsichtig gehütet, an Gerichtsstelle kund zu tun, wann und wo und wie er jemals etwas für die Freiheit der Rheinlande getan hat.

Es ist richtig, dass bayrische und württembergische Föderalisten des Bürgertums auf die Mainlinie verwiesen haben, für den Fall, dass vom Osten und vom Norden her unter dem Segen einer verblendeten Reichsregierung die Grundlagen des Zusammenlebens der deutschen Länder verfassungswidrig zerschlagen werden sollten. Vom Rhein liegen Warnungen bisher nicht vor. Es fällt ja auch schwer zu glauben, dass eine deutsche Reichsregierung in solcher Zeit das Reichsgefüge frevlerisch antasten könnte. Immerhin darf man wohl daran erinnern, wie frühere Loslösungsbewegungen am Rhein entstanden, was sie förderte und was sie niederhielt.

Die erste elementare und starke Forderung nach einer rheinisch-westfälischen Republik, also der Loslösung dieser Gebiete von Preussen und, wohlverstanden, nicht vom Reiche ging Anfang Dezember 1918 von Köln aus. Es waren nicht etwa echtpreussische Konservative, Deutschnationale oder gar Völkische, die den Gegenstoss für Preussen führten oder sich auch nur daran beteiligten. "Novemberverschörer", der Kölner Arbeiter- und Soldatenrat allein, kämpften schon unter englischen Maschinengewehren und Panzerwagen die antipreussische, keineswegs antideutsche Bewegung nieder. Woher kam sie? Aus der Besorgnis, dass in "Berlin" eine parlamentarisch-demokratische Entwicklung unmöglich sei und eine radikale Parteidiktatur kommen werde. Was war unser erfolgreicher Trumpf gegen jede Loslösung von Preussen? Das Niederringen jeder Form von Diktatur, das Eintreten für die demokratische Selbstbesinnung und Selbstbestimmung in Preussen und im Reich.

Wären die damaligen Volksbeauftragten auf den verheerenden Plan gekommen, in Preussen einen diktatorischen Reichskommissar zur Vergewaltigung der Minderheit zu ernennen, wäre jeder Widerstand gegen Loslösungsversuche nutzlos gewesen. Solche engherzigen und engstirnigen Regierungskünste hätten Preussens Ende bedeutet und die Reichseinheit vernichtet. Grossdeutsche sozialistische Staatsmänner wie Ebert haben durch den Schutz der Demokratie den Sturz in den

Abgrund verhindert. Es war damals wie es heute ist: Diktatur erschüttert das Reich, und Demokratie ist seine festeste Klammer.

Von jenen Sturmtagen im Winter 1918/19 bis in den wilden Spätherbst 1923 hat jede innerdeutsche Verfassungskrise Loslösungstendenzen begünstigt, die allmählich nicht nur antipreuussisch blieben, sondern fern vom deutschen Parteileben antideutsch wurden. Im Herbst 1923 hat neben dem Währungsverfall nichts den Separatismus so belebt wie Hitlers und Görings verrückter Putschismus. Damals sagten französische Offiziere zu den wegen ihres Kampfes für Deutschland eingekerkerten Marxisten: "Warum wehren Sie sich noch? Herr Hitler schlägt doch von München her das Reich zusammen!" Schon damals war Hitler die Hoffnung französischer Imperialisten. Er ist es noch, aber Frankreichs Nationalisten werden sich täuschen wie damals.

Dilettantische Experimentierkünstler am Reichsbau sollten gerade jetzt nicht vergessen, dass es einen Artikel 18 der Reichsverfassung gibt. Er öffnet und regelt den Weg zu einer Neugliederung des Reichs durch freie Volksabstimmung. Es ist ein sehr legaler, streng verfassungsmässiger und sicherer Weg zu einer rheinischen oder westdeutschen Republik, wenn etwa, wie 1918 die Spartakisten, nun im Jahre 1932 radikale Gegenspieler von rechts konfessionelle und politische Strömungen durch den Terror von Barbaren schrecken sollten. Hier sind in der Tat sehr ernste Möglichkeiten, die jetzt auch nur in der Theorie staatsrechtlich und völkerrechtlich zu erörtern bedauerlich und bedenklich wäre. Wir haben keine Ursache, dem antinationalen Beispiel der hakenkreuzlerischen Sensations- und Geschäftspresse zu folgen. Wir weisen es weit von uns, etwa nach dem unwürdigen Beispiel des Halbrussen Rosenberg und anderer kümmerlich gelernten Deutschen einer Reichsregierung, die uns nicht passt, die ausser politische Arbeit zu erschweren. Selbst wenn diese Aussenpolitik von Papen und von Neurath firmiert.

Man sagt, der mächtigste Mann im Reichskabinett sei der Reichswehrminister Herr von Schleicher. Er ist es bestimmt insofern, als das Heer der zurzeit stärkste Faktor für die Reichsautorität ist. Reichsgewalt kann viel, aber bei weitem nicht alles. Es wäre verhängnisvoll, wenn der General in der Reichsregierung wie so viele Militärs in der Weltgeschichte über die Truppe und die Grenzen ihrer Macht nicht hinausdenken könnte. Er hat in seinem Gruss an die Wehrmacht nicht nur von physischen sondern auch von geistigen Voraussetzungen gesprochen. Dachte er dabei nur an das Soldatentum? Das wäre schon bedenklich. In einem so stark militärisch bestimmten Reichskabinett muss gerade der Reichswehrminister die Nation über alles stellen, wenn ihn nicht der Fluch zerstörender Ereignisse treffen soll.

Von den grossdeutschen Sozialdemokraten Wilhelm Liebknecht und August Bebel im Norddeutschen Reichstag des Jahres 1867 bis in die Gegenwart hat die deutsche Arbeiterpartei ein einheitliches und freies Reich als die Voraussetzung sozialistischen Aufbaus erstrebt. Längst ehe die stolzen Begriffe Nation und Sozialismus durch rohen Ungeist geschändet wurden. Diese sozialdemokratische deutsche Arbeiterpartei hat das moralische Recht und die geschichtliche Pflicht, rechtzeitig gegen diejenigen aufzutreten, die durch die Diktatur zu zertrümmern drohen, was die Demokratie gerettet hat: die Reichseinheit.

SPD. Die Naziblätter und Nazi-Agitatoren haben ihren Lesern und Zuhörern seit Wochen eingeredet, ganz England warte mit Sehnsucht auf die Machtergreifung Hitlers. Wenn die innerpolitische Nazi-Agitation nur in einer einzigen grossen Vernebelung und Vergasung der Wähler und der Nazi-Anhänger ist, so steckt hinter diesem System immerhin noch ein Sinn. Wozu aber das Volk über die Stimmung und wahre Meinung des Auslandes belogen und betrogen wird, das ist das nur von den Braunen Häusern zu lösende Rätsel. Auf der einen Seite kraftmeiern sich die Hitler, Strasser und Konsorten wie Jahrmarktsschreier

als Befreier und Retter des Vaterlandes aus den Klauen des Versailler Vertrages und des Auslandes. Hintenherum rennen dieselben Leute selbst dem kleinsten ausländischen Journalisten die Püre ein, um ihm zu beweisen, dass es keine besseren Freunde und Vertragspartner für die ausländischen Staaten gäbe, als eine Naziregierung. Veröffentlicht dann ein solcher Journalist in seiner Heimat diese Erklärung und hängt er einige befriedigende Sätze an, flugs werden sie in der deutschen Nazipresse in fetten Lettern wiedergegeben. Alles andere wird verschwiegen, und verschwiegen vor allem die wahre Meinung des Auslandes über die Hitlerbewegung.

Vergebens wird man in der Nazipresse ein Wort darüber lesen, wie das Ausland die Regierung von Hitlers Gnaden Papen-Schleicher beurteilt. Vergebens ein Wort darüber, dass die ganze Welt, einschliesslich der neutralen Staaten gradezu erstarrt ist vor Entsetzen. Wir haben in den vergangenen Tagen die verschiedensten ausländischen und massgebenden Zeitungen zitiert. Angesichts der innen- und aussenpolitischen Lage Deutschlands und angesichts der Konferenz von Lausanne halten wir es jedoch für ein dringendes Gebot der Stunde, immer wieder auf die heutige Stimmung des Auslandes zu Deutschland aufmerksam zu machen. Ohne diese Kenntnis werden die kommenden aussenpolitischen Ereignisse und Konferenzen nicht zu verstehen sein. Wir zitieren heute den bekannten englischen Journalisten, J.L.Garvin, der den Nazi-Baronen in seinem richtunggebende und in der ganzen Welt bekannten "Observer" einen vierspaltigen Leitartikel widmet, dem wir folgendes entnehmen:

"Der in der vergangenen Woche in Deutschland dekredierte Staatsstreich ist wie kein zweites Ereignis dazu geeignet, die Ungewissheit in der die Welt lebt, zu vergrössern und zu verlängern. Dagegen kann es kein Heilmittel geben, solange Deutschland nicht zu einem parlamentarischen Regime zurückkehrt... Kein schlimmerer Schlag konnte den besten ausländischen Freunden Deutschlands versetzt werden, als durch diese Junker-Junta... Brünings meisterhafte Fähigkeiten, seine Aufrichtigkeit und sein moralischer Mut, hatten ihm mehr internationale Achtung und mehr internationalen Einfluss verschafft, als sie irgend ein deutscher Staatsmann, selbst Stresemann nicht ausgenommen, seit Kriegsende besessen hat. Brüning ist in einer Art hinausgeworfen worden, wie es in keinem konstitutionellen Staate möglich gewesen wäre."

Der Artikel beschäftigt sich dann mit Herrn von Papen, der als Politiker und Staatsmann im Vergleich zu Brüning zu werten sei, wie Paddington gegen London, zu Deutsch: wie Rixdorf gegen Berlin, -und wenn der eigentliche Mann des Kabinetts, der General Schleicher auf eine vierjährige Herrschaft hoffe, so habe es in der politischen Geschichte Europas niemals eine so unwirkliche Berechnung gegeben. Jede andere Regierung, gleichviel welche Farbe sie trage, sei besser als die des Herrn Papen.

"Die Aussichten für Lausanne und Genua sind bisher nicht gut gewesen, fährt Garvin fort, jetzt aber sind sie noch schlechter. Die Hoffnung auf irgend ein Ergebnis, sei es in Hinsicht auf Frieden oder Wirtschaft, ist dahin. Selbst die völlige Resultatlosigkeit, wenn sie in Lausanne oder Genf zutage träte, würde niemandem in der Welt auch nur das geringste Erstaunen abringen. Trotzdem können einige befriedigende Einzelergebnisse erzielt werden, und es ist die Aufgabe eines jeden Staatsman es selbst für diese Einzelheiten bis zum Äussersten zu kämpfen. Aber es ist vollkommen unmöglich Fortschritte in der Entwaffnung zu erzielen, wenn sich im kritischen Stadium die anderen Nationen einer deutschen Regierung gegenübersehen, welche als die meist beunruhigendste seit des Krieges bezeichnet werden muss."

So beurteilt Garvin die Regierung Papen-Schleicher und die durch sie geschaffene Lage. Wenn wir Garvin und den "Observer" zitiert haben, so deshalb, weil sie genau den Querschnitt durch die öffentliche Meinung Englands und Amerikas darstellen.

SPD. Braunschweig, 9. Juni (Eig. Dr.)

Der Braunschweigische Landtag lehnte am Donnerstag mit 15 sozialdemokratischen gegen 15 nationalsozialistische und deutschnationale Stimmen bei 6 Enthaltungen der bürgerlichen Mitte einen nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Parlaments ab. Die Nazis hatten den Auflösungsantrag damit begründet, dass sie in Braunschweig das Fundament einer rein nationalsozialistischen Regierung errichten wollten. Die sozialdemokratische Fraktion liess durch den Abgeordneten Dr. Jaapar erklären, dass sie sich den Termin für die Neuwahl nicht von den Nazis vorschreiben lasse und sie den Nazis bei der Erreichung der "alleinigen Macht" keinen Vorschub leisten wolle.

SPD. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Dr. Breitscheid hat an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags ein Schreiben gerichtet, in dem er die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags fordert. Das Schreiben lautet :

"Im Auftrage der sozialdemokratischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses richte ich an Sie das höfliche Ersuchen, diesen Ausschuss in der allernächsten Zeit zu einer Sitzung einzuberufen. Zur Begründung unseres Antrages erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, dass die Ausführungen, die die Reichsregierung in ihrer durch die Presse veröffentlichten Erklärung über ihre aussenpolitischen Ideen und Absichten macht, ausserordentlich dürftig sind. Sie spricht in allgemeinen Redewendungen von der Aufrechterhaltung des Friedens mit allen Nationen und der Notwendigkeit, die deutsche Gleichberechtigung durchzusetzen.

Man darf doch wohl annehmen, dass das Kabinett ganz bestimmte aussenpolitische Pläne verfolgt, die zweifellos von denen der Reichsregierung Brüning abweichen. Da die Auflösung des Reichstags eine Debatte über diese Gegenstände im Plenum unmöglich gemacht hat, halten wir es für doppelt geboten, dass der Regierung Gelegenheit gegeben wird, wenigstens im Auswärtigen Ausschuss ihre Absichten schärfer zu umreissen und dass die Mitglieder des Ausschusses selber die Möglichkeit haben, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen."

SPD. Danzig, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Das dreimonatige Verbot der sozialdemokratischen "Danziger Volksstimme" ist vom Obergerverwaltungsgericht auf zwei Monate verkürzt worden. Das Verbot läuft am 9. Juli ab.

SPD. Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine Vollsitzung ab, in der sich der neue Innenminister Frhr. v. Gayl vorstellte.

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl führte nach einleitenden persönlichen Worten u. a. aus : "Ich habe erkannt, dass die Eigenart der deutschen Stämme etwas Heiliges ist, was des Verständnisses und liebevoller Pflege bedarf, und dass der kulturelle Hochstand unseres Volkes nicht der Befruchtung von einer Zentrale, sondern der Mannigfaltigkeit des Lebens in den einzelnen deutschen Ländern sein Dasein verdankt. Wir werden daher die Eigenart des Eigenlebens der deutschen Länder selbstverständlich nicht antasten. Für Preussen erwarten wir besonders das rasche Zustandekommen einer verfassungsmässigen Regierung, von der wir hoffen, dass sie in den grossen Fragen der Nation mit der Reichsregierung übereinstimmen und in lebendiger Fühlung mit uns arbeiten wird. Aus dieser Überzeugung heraus werde ich die Aufgabe der Reichsreform anfangen. Es ist noch nicht die Zeit gegeben, auf diesem Gebiet eine Stellung-

nahme der Reichsregierung auszusprechen.

Das Gleiche gilt von der Verfassungsreform. Die Weimarer Verfassung, die Grundlage unseres öffentlichen Lebens, deren Hüter ich als Reichsinnenminister plichtgemäss bin, ist seit ihrem Bestehen vielfach durch die Gesetzgebung durchlöchert und nach unbestrittener Ansicht weitester Kreise aller politischen Richtungen reformbedürftig. Verfassungen sind nicht starre Ideale, sondern lebendige Wesen und der Entwicklung unterworfen. Wir werden auch an diese Aufgabe mit Ernst und Eifer herangehen. Zweierlei aber muss ich in diesem Zusammenhang besonders betonen: Das Gerede von einer geplanten Änderung der Verfassung in der Richtung der Wiederaufrichtung der Monarchie ist ein törichtes und darum schädliches Geschwätz. Ich würde mir erbärmlich vorkommen, wenn ich auf dem Ministersessel versuchen würde, meine persönliche, nicht nur angeborene und anerzogene, sondern in langen Jahren auch selbsterworbene Ueberzeugung zu verleugnen, dass ich die Monarchie für die angemessenste Staatsform für ein Volk, inmitten des Herzens von Europa, halte und dass ich, geschichtlich gesehen, mir der Verdienste des bisherigen Königs- und Kaiserhauses um das Deutsche Volk stets dankbar bewusst. Ich bin aber der Ueberzeugung, dass in diesen Zeiten des Kampfes um Sein oder Nichtsein die Frage der Staatsform, Republik oder Monarchie, keine Frage ist, die unsere Zeit, geschweige denn die gegenwärtige Reichsregierung zu lösen haben. Ich denke als Verfassungsminister nicht daran, unser Volk durch Aufrollung der Frage der Staatsform in neue Verwirrung zu bringen, und ich verbitte mir deutlich jeden Zweifel an meiner in die Hand des Herrn Reichspräsidenten gelobten Verfassungstreue. So wie ich denken der Herr Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts unter bewusster und plichtgemässer Hintansetzung aller persönlichen Anschauungen und Gefühle.

Dann noch ein Wort über die angebliche reaktionäre Einstellung des Kabinetts und meiner Person. Wir müssen die nun einmal in der Öffentlichkeit erfolgte Abstempelung als reaktionär mit Würde und einem gewissen Humor tragen, bis das deutsche Volk einmal erkennt, wie falsch diese Kennzeichnung gewesen ist. Wir sind keine Vertreter einseitiger Standes- oder Berufsinteressen, sondern Reichsminister, deren Sorge und Liebe jedem einzelnen Volksgenossen gehören erwachsen aus der Liebe zu unserem Volk und unserem Vaterlande. Wenn ich je eine Binde vor den Augen getragen habe, so ist sie in jenen Zeiten gefallen, in denen ich das hohe Erleben hatte, dass der Heimat ärmster Sohn auch ihr treuester war, ohne Rücksicht auf seine politische oder berufliche Einstellung Gleichmässige Gerechtigkeit gegenüber allen politischen Strömungen, die sich bei ihrer Betätigung im Rahmen der Verfassung und der Gesetze halten, ist unsere vornehme Aufgabe. In diesem Sinne wird eine Neuordnung der Vorschriften über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in den nächsten Tagen erfolgen, welche die Bestimmungen über Versammlungen und Aufzüge, die Presse und die militärähnlichen Organisationen unter Milderung des bestehenden Zustandes regelt. Ich gebe dabei der bestimmten Hoffnung Ausdruck, dass alle Kreise unseres Volkes sich der staatsbürgerlichen Pflicht bewusst sein werden, ihr Tun im Rahmen der Gesetze zu halten und Gewalttätigkeiten und rohe Verunglimpfungen ihrer andersdenkenden Mitbürger zu unterlassen. Ich will aber als Innenminister keinen Zweifel darüber lassen, dass ich, wenn diese Erwartung sich nicht erfüllen sollte, die öffentliche Ruhe und Ordnung mit allen Machtmitteln des Staates zu schützen den Willen und die Nerven habe.

Von den vielen Aufgaben die sochst noch meiner harren, werde ich mich mit Unterstützung des ganzen Kabinetts mit besonderer Freude und Liebe der Pflege des Deutschtums innerhalb und ausserhalb der Grenzen des Reichs annehmen, soweit die allgemeine Finanzlage mir das im Augenblick gestattet. Auch an die Erhaltung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserer schwer getroffenen Grenzgebiete im Osten, Westen, Norden und Süden werde ich mit Eifer arbeiten, wie ich es bisher für meine engere Heimat getan habe, in dem Bewusstsein, dass die Erhaltung unserer Grenzgebiete eine Lebensnotwendigkeit für

die Nation ist, die nur erfüllt werden kann, wenn die Sache dieser Gebiete Sache des ganzen deutschen Volkes ist und bleibt.

Reich, Länder und Gemeinden sind angewiesen, auf ein pflichttreues, gut ausgebildetes und in gesicherter Lebensstellung befindliches Beamtentum. Ich bekenne mich bei meinem Amtsantritt als Innenminister, der die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Beamtenrechtes zu bearbeiten hat, in voller Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler und dem ganzen Kabinett zum Berufsbeamtentum, das zu erhalten und zu pflegen unsere Pflicht ist.

Wichtig und notwendig scheint mir auf dem Gebiet des gesamten kulturellen Lebens unseres Volkes, insbesondere auch im Rundfunk und Lichtspielwesen die Betonung und Pflege deutschen Geistes und die Ausmerzung aller undeutschen fremden Einflüsse, die zeitweilig weite Kreise des deutschen Volkes befremdet haben.

Aufgabe der Reichsregierung und in ihr des Innenministers ist es, die machtvolle nationale Bewegung der Gegenwart als eine Staat und Volk erhaltende Kraft zu werten und zu benützen. Jede Mitarbeit, insbesondere der deutschen Jugend, ist uns dabei willkommen.

Das neue Kabinett steht vor schwersten Aufgaben, die gelöst werden müssen wenn unser Volk nicht untergehen soll. Wir gehen trotz aller Anfeindungen mit frischem Mut und Vertrauen an unsere Pflichten. Wir nehmen beides aus dem festen Glauben an unser Volk und aus dem unerschütterlichen Glauben an eine höhere Gerechtigkeit, die über dem Leben der Völker waltet und die Deutschland nicht vergessen wird."

SPD. Paris, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Die bevorstehende Aussprache zwischen Herriot und MacDonald wird von der französischen Presse allgemein begrüßt. Verschiedene Zeitungen wollen darin ein Anzeichen für eine Wiederannäherung zwischen Frankreich und England erblicken, die nicht nur für beide Länder nützlich, sondern auch eine Garantie für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Europa sein würde.

Der "Temps" erklärt, in London habe zwar niemals der Wille gefehlt, sich mit Frankreich zu verständigen, aber gewisse englische Kreise hätten bisher eine etwas sonderbare Auffassung von der notwendigen Einigung zwischen Frankreich und England und von den Bedingungen gehabt, unter denen sie möglich sei. Der Ende vorigen Jahres zwischen französischen und englischen Sachverständigen geführte Meinungs-austausch über die Lausanner Konferenz sei in Anbetracht dessen etwas enttäuschend ausgefallen. Die Engländer schienen wenig geneigt zu sein, die Methode der englisch-französischen Vorbesprechungen zuzulassen und seien für die Methode der Gesamtverhandlungen eingetreten. Es sei jedoch klar, dass eine zwischen London und Paris verabredete Aktion eine wesentliche Vorbedingung für jedes allgemeine Abkommen sei und dass eine parallele Politik Frankreichs und Englands selbst ohne eine feste Entente, die Misstrauen in anderen Hauptstädten hervorrufen könnte, alle Lösungen erleichtern würde.

Das regierungsfeindliche "Journal de Debate" ist dagegen wenig optimistisch. Es glaubt nicht, dass die englischen Minister gegenwärtig die französisch-englische Entente wiederherstellen können, da nach einem Artikel der "Times" zu urteilen England jede Sonderversandigung als dem Geiste des Völkerbündspaktes widersprechend verurteile. Im übrigen warnt die Zeitung Herriot davor, die Verhandlungen mit denselben Illusionen, wie er sie bei der Unterredung von Chequers im Jahre 1924 gehabt hat, zu führen. Herriot werde Mahnern gegenüberstehen, die bei den meisten Fragen für Lösungen eintreten, die die Zukunft Frankreichs gefährden und die internationale Lage verschärfen könnten. Seine Rolle bestehe nicht darin, seinen Gästen gefällig zu sein, sondern die grossen, ihm anvertrauten Interessen zu verteidigen.

SPD. Auf den Brief der preussischen Staatsregierung an den Reichskanzler, in dem anlässlich des Schreibens des Herrn von Papen an den preussischen Landtagspräsidenten der Erwartung Ausdruck gegeben wurde, dass in Zukunft bei ähnlichen Vorgängen der übliche Weg, von Regierung zu Regierung zu verhandeln, eingehalten werde, hat die Regierung der Nazi-Barone inzwischen eine Antwort erteilt. Herr von Papen hat in dieser Antwort an den stellvertretenden preussischen Ministerpräsidenten Dr. Hirtsiefer - nach offiziellen Mitteilungen - "selbstverständlich zum Ausdruck gebracht, dass er bereit ist, dem preussischen Wunsch gemäss zu handeln, soweit die Möglichkeit dazu gegeben ist, aber sich vorbehalten muss, wenn ähnlich gelagerte Fälle vorliegen, sich direkt an den Landtagspräsidenten zu wenden".

Man kann die preussische Staatsregierung verstehen, wenn sie es ablehnt auf den Brief des Herrn von Papen zu erwidern und bei dieser Gelegenheit nochmals auf den Unterschied zwischen der mündlichen Erklärung des Herrn von Papen gegenüber dem preussischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Hirtsiefer und seiner jetzigen schriftlichen Äusserung aufmerksam zu machen. Aber alle Stellen, die in Zukunft mit dem Reichskanzler von Hitlers Gnaden verhandeln müssen, werden gut tun, sich eventuelle Erklärungen des Herrn von Papen schwarz auf weiss geben zu lassen. Es könnte ihnen sonst blühen, dass 24 Stunden später das Gegenteil von dem erklärt worden sein soll, was in Wirklichkeit erklärt worden ist.

SPD. München, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag fand in Karlsruhe eine Konferenz der Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg und Baden statt, die sich mit den staatspolitischen Gefahren befasste, die durch den Kurswechsel im Reich den süddeutschen Ländern von der Regierung Schleicher-Papen drohen. Das äussere Ergebnis der Konferenz ist ein Telegramm an den Reichspräsidenten v. Hindenburg, in dem um einen gemeinsamen Empfang anlässlich der Ministerpräsidenten-Konferenz am Sonnabend oder Sonntag in Berlin gebeten wird. Das Telegramm, von dem auch der Reichskanzler unterrichtet wurde, ist unterzeichnet von dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem württembergischen und badischen Staatspräsidenten.

SPD. Der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl hat im Reichsrat eine Erklärung abgegeben, die durchaus der sogenannten Regierungserklärung des Kabinetts der Barone gleicht: viele Worte, aber wenig Realitäten! Immerhin ist diese Erklärung durchaus hinreichend, um den klaren reaktionären, nationalistischen Kurs dieses Kabinetts zu kennzeichnen. Die wesentlichsten Punkte aus dieser Erklärung sind die folgenden:

Der Reichsinnenminister hat sich klar zum föderalistischen Prinzip bekannt, wobei offenbar nach den Wünschen seiner Regierung eine enge Verbindung zwischen Preussen und dem Reich wie im Kaiserreich hergestellt werden soll. In dieser Absicht liegt entweder eine Degradierung Preussens als Land gegenüber den anderen Ländern, oder eine Degradierung des Reiches in der Richtung zum Föderalismus hin. Aber das ist alles Zukunftsmusik. Die Kräfte, die der Regierung Brüning den Vorwurf gemacht haben, dass sie es in der Frage der Reichsreform nicht über "schwache Ansätze" hinausgebracht habe, vertrösten gleichfalls auf spätere Zeiten. Eins aber wollen sie heute schon. Eine verfassungsmässige Regierung in Preussen - ist die jetzige Regierung etwa nicht verfassungsmässig? - die die volle politische Homogenität zwischen Reich und Preussen herstellt und den reaktionären Kurs des Kabinetts der Barone auf Preussen überträgt. Dazu gehört, dass eine Mehrheit des preussischen Landtags so will wie der Freiherr von Gayl und das scheint augenblicklich überaus

proklamatisch!

Der Freiherr von Gayl hat weiter verkündet, dass die Verfassung von Weimar reformbedürftig sei und umgebaut werden müsse, und dass das Kabinett der Barone eifrig daran arbeiten werde. Zum Umbau der Verfassung von Weimar gehören Zweidrittelmehrheiten im Reichstag, wir haben sehr begründete Zweifel daran, dass sich für die Pläne des Kabinetts der Barone solche Zweidrittelmehrheiten finden werden! Der Freiherr von Gayl hat sich in seiner Erklärung als Monarchist vom reinsten Wasser bekannt und die Verdienste des "bisherigen" Kaiser- und Königshauses, also der Hohenzollern, gefeiert. Wir hatten immer geglaubt, dass streng verfassungsmässig es nur ein ehemaliges Kaiser- und Königshaus gibt! Der monarchistische Freiherr von Gayl ist aber klug genug, um die ausserordentlich starken Gegenkräfte zu kennen, die sich den Plänen einer monarchistischen Restauration entgegenstellen. Er hat deshalb erklärt, dass alles Gerede über Kabinettspläne zur Wiederherstellung der Monarchie törichtes und schädliches Geschwätz darstellen und dass er sich jeden Zweifel an seiner geschworenen Treue zur Verfassung verbitte. Das gelte nicht nur für ihn, sondern auch für das gesamte Kabinett. Man wird die Entwicklung der Frage Preussen abwarten müssen, ehe man diese Erklärung wertet. Im übrigen hat es höchst energischer Zweifel und Hinweise darauf bedurft, dass weder das Wort Verfassung noch das Wort Republik in der offiziellen Regierungserklärung vorkommt, um eine solche Erklärung herauszuziehen. Diese Erklärung ist die Folge öffentlicher Kritik. Der Freiherr von Gayl kann übrigens die Hoffnungen und Absichten ihm befreundeter Kreise, die auf das Kabinett der Barone gesetzt werden, nicht hinwegklären.

Der Freiherr von Gayl verwahrt sich für sich und für das Kabinett gegen den Vorwurf der Reaktion. Er tut es mit einigen billigen Worten, die an den wirklichen Problemen glatt vorbeireden. Im übrigen deutet er genug an, um den reaktionären Charakter des Kabinetts der Barone erkennen zu lassen, im Politischen wie im Kulturellen. Wenn er von der Ausmerzungen aller undeutschen und fremden Einflüsse im Rundfunk und Film redet, so weiss jeder, wohin der Weg gehen soll. Im kleinen Maßstab hat Herr Frick das in Thüringen vorgemacht. Der wahre Zweck des Kabinetts der Barone aber geht aus der Erklärung hervor, dass "die machtvolle nationale Bewegung als staaterhaltende Kraft benutzt" werden müsse und dass deshalb das SA-Verbot aufgehoben werde. Der Freiherr von Gayl nennt dies: Milderung des bestehenden Zustandes. Das ist gut ausgedrückt; die Banden der Verfassungsgegner werden befreit und die Verfassungsfreunde erhalten von ihnen den Schädel eingeschlagen - das nennt sich dann "Milderung". Diese letzte Erklärung ist eine wirkliche Realität und keine Zukunftsmusik!

Kurzum: der Freiherr von Gayl hat eine ganz klare Kursbestimmung in der Richtung der extremen Reaktion hin gegeben. Dort, wo das Kabinett der Barone mit seinen reaktionären Absichten angefährliche Grenzen stösst, in der Frage des Staatsstreichs und der Frage der Monarchie, hält es sich zurück. Im übrigen aber will es alle reaktionären Kräfte entfesseln.

SPD. München, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Vernehmung Hitlers als Zeuge im Meineidsprozess Abel, die einen ungeheuren Andrang von Nazipublikum zur Folge hatte, verlief anfangs ganz manierlich. Im Gegensatz zu seinen Unterführern stand Hitler zunächst auch dem Rechtsanwalt Rosenfeld brav Rede und Antwort. Er erklärte, dass er niemals mit dem Italiener Migliorati eine Unterredung hatte, er kenne den Mann überhaupt nicht. Italienern gegenüber habe er von Süd-Tirol nur immer in dem Sinne gesprochen, dass es seinen Kampf in Deutschland ungeheuer erleichtern würde, wenn die italienische Regierung gewisse Härten gegen die südtiroler Bevölkerung mildern könnte. Finanziell habe er mit dem Ausland nichts zu tun, im besonderen sei nie ein Pfennig Unterstützung aus dem feindlichen Ausland in seine Kasse ge-

flossen. Auch von Italien habe er nie eine Lire für einen bestimmten Zweck bekommen. Franzosen hätten bei ihm überhaupt keinen Zutritt. Sollten die Behauptungen Abels sich als wahr erweisen, so würde er zur Pistole greifen und sich erschiessen.

Die letzten Worte brüllte Hitler förmlich in den Saal. Als dann der Verteidiger Ehrhardt Einzelauskünfte über die bekannten Beschuldigungen des Engländer Morel und des Franzosen Paul Faure haben wollte, sprang Hitler auf und schrie, er lasse sich nicht beleidigen und lehne es für alle Zukunft ab, weitere Auskünfte zu geben. Der nur von Nazis besetzte Saal spendete ohrenbetäubenden Beifall, sodass der Gerichtsvorsitzende ausserstande war, der Ovation Herr zu werden. Als sich der Sturm gelegt hatte, redete er dem immer noch Tobenden mit unendlicher Sanftmut zu. Vergeblich; Hitler beharrte bei seiner Weigerung. Endlich zog sich das Gericht zurück und sprach nach längerer Beratung gegen Hitler wegen Zeugnisverweigerung eine Ordnungsstrafe von 800 Mark und wegen ungebührlichen Benehmens eine weitere Strafe von 200 Mark aus. Daraufhin wurde Hitler entlassen.

Anschliessend verlas der Gerichtsvorsitzende die Niederschrift der kommissarischen Vernehmung des vielgenannten Migliorati. Dieser Zeuge wurde am 16. Dezember 1930 in New York verhört. Er hat noch zwei Brüder, von denen der eine unbekanntes Aufenthaltsort ist. Migliorati erklärt, sich nie als Hauptmann ausgegeben zu haben, nie im Dienst der Faschistischen Liga gewesen zu sein und mit Rossbach und Hitler niemals in Fühlung gestanden zu haben. Er sei überhaupt nur ein einziges Mal 30 Stunden lang in München gewesen. Von einer finanziellen Unterstützung der Hitler-Bewegung durch den Faschismus wisse er nichts. Im übrigen sei er schweizerischer Staatsangehöriger und habe von der Münchener Polizei niemals einen Pass bekommen, weder einen richtigen noch einen gefälschten.

Auch die weiteren Zeugenvernehmungen brachten keine Aufschlüsse. Rossbach der sich jetzt Leiter einer privaten Luftschutztruppe nennt, wusste ebenfalls nichts von dem Italiener Migliorati. Ein eigentümliches Licht auf den Geist beim Reichsgericht in Leipzig wirft eine von diesem Zeugen gemachte Bemerkung. Rossbach wurde kurz vor dem Hitlerputsch aus der Untersuchungshaft in Leipzig entlassen. Der dortige Untersuchungsrichter gab ihm damals den Rat, nicht nach Berlin zu gehen, weil dort ein neuer Haftbefehl seiner warte. Der Kapitänleutnant a.D. Hofmann, der in der Inflationszeit die Hitler-SA zu organisieren hatte, gab zu, dass im Jahre 1923 die SA-Führer mit Schweizer Franken entlohnt wurden; woher diese Franken gekommen seien, wisse er nicht. Er habe sich auch nicht dafür interessiert.

Während des Prozessverlaufes waren die Zugänge zum Schwurgerichtssaal im Justizpalast ständig von Hitler-Leuten belagert. Wiederholt wurden in den Pausen die Prozessbeteiligten angepöbelt, bis schliesslich der Vorsitzende ein verstärktes Polizeiaufgebot herbeirief, das die Gänge säuberte. Am Schluss der Donnerstag-Sitzung teilte das Gericht mit, dass noch neue Zeugen geladen werden, darunter Ludendorff und Leutnant Scheringer. Auch Hitler wird nochmals als Zeuge geladen.

SPD. Der Rechtsausschuss des Preussischen Landtags nahm am Donnerstag die von den Nationalsozialisten und Kommunisten gestellten Amnestieanträge an. Da die beiden radikalen Flügelparteien im Landtag - und daher auch im Rechtsausschuss - zusammen über die absolute Mehrheit verfügen, so war die Annahme der Anträge von vornherein sicher.

Abg. Kuttner (Soz) führte zu den Anträgen aus: "Diese Amnestie, wie sie Nationalsozialisten und Kommunisten für alle politischen Delikte ohne Unterschied fordern, ist gekennzeichnet durch ihre Uferlosigkeit. Auch die schwer-

sten und rohesten Taten, Mord und bestialischer Totschlag, sollen nach dieser Amnestie völlig straffrei sein. Dabei operieren Nationalsozialisten wie Kommunisten mit Listen ihrer von politischen Gegnern erschlagenen Anhänger, die je mehrere hundert Namen umfassen. Während sie auf den Strassen sich gegenseitig "Rache" zuschreien, vereinigen sie sich im Parlament, um den Mördern ihrer Parteifreunde die Straffreiheit zuzusichern. Besonders krass ist der Widerspruch bei den Nationalsozialisten. Erst am 3. Juni 1932 hat der nationalsozialistische Abgeordnete Freisler im Landtag eine Rede gehalten, worin er das Zentrum dafür verantwortlich gemacht hat, dass angeblich 300 Nationalsozialisten in Deutschland straffrei hätten ermordet werden können. Es ist typisch nationalsozialistisch, dass sie im gleichen Atemzug Rache wie Amnestie fordern. Die Urheber der Amnestieanträge haben sich überhaupt nicht klar gemacht, welche Taten alle unter die von ihnen verlangte Amnestie fallen. In letzter Zeit ist es mehrfach vorgekommen, dass Nationalsozialisten in Landfriedensbruchprozessen verabredete Serienmeineide geleistet haben, um unschuldige Gegner ins Gefängnis zu bringen. Ein Dutzend mal hat sich der Fall ereignet, dass Nationalsozialisten sich selbst Verletzungen beigebracht und dann politische Gegner des versuchten Mordes bezichtigt haben. Solche Taten, wie sie gemeiner nicht gedacht werden können, sollen auch straffrei bleiben. Amnestie hat nur Sinn, wenn ihre Folge eine allgemeine Befriedung ist. Aber die Antragsteller wollen das Gegenteil! Die Nationalsozialisten wollen den Terror legalisieren. Sie wollen ihren Anhängern die Überzeugung verschaffen, dass sie politische Gegner umbringen und niederschlagen können, ohne dabei die geringste Strafe zu riskieren. Die Folge dieser Amnestie wird nicht eine Beruhigung des öffentlichen Lebens, sondern eine ganz gewaltige Zunahme der politischen Gewalttaten sein. Alle politischen Mörder werden darauf vertrauen, dass es übers Jahr eine neue Amnestie gibt. Das Tragikomische ist bei der Sache, dass die Kommunisten wieder einmal den Nationalsozialisten bei der Ausbreitung ihres Terrors helfen, obwohl Gregor Strasser angekündigt hat, dass unter nationalsozialistischer Herrschaft jeder Kommunist niedergeschlagen werde, der noch wagen sollte, "Heil Moskau" zu rufen. Wir Sozialdemokraten lehnen die Legalisierung des Terrors ab. Wenn aber durchaus amnestiert werden soll, so verlangen wir die Begnadigung derer, die sich verteidigt und die Republik geschützt haben. Einen solchen Antrag haben wir eingebracht. Ferner verlangen wir eine wirtschaftliche Amnestie für Delikte, die aus Not begangen sind, allerdings mit der Einschränkung, dass solche Taten davon ausgenommen bleiben, die aus Roheit, Gewinnsucht und gemeiner Gesinnung der Täter begangen worden sind. Ein entsprechender Antrag liegt gleichfalls vor. - Sehr zurückhaltend äusserte sich der Vertreter des Zentrums, der eine Reihe von Abänderungsanträge vorlegte, durch die der nationalsozialistische Amnestieantrag abgeschwächt werden sollte. Der Antrag will Verbrechen gegen das Leben, schweren Raub, Brandstiftung und ähnliche Gewaltdelikte von der Amnestie ausnehmen.

Als Vertreter des preussischen Justizministeriums warnte Ministerialdirektor Huber vor Annahme einer zu weit gehenden Amnestie. In Beantwortung einer Anfrage des sozialdemokratischen Redners gab er Auskunft über die Zahl der politischen Mordfälle in den letzten Jahren. Vom 1. Januar 1931 bis 31. März 1932 sind in Preussen 80 - 90 politische Mordtaten vorgekommen. In einzelnen Fällen sind mehrere Personen getötet, in zahlreichen Fällen ausser den Getöteten noch zahlreiche Personen schwer verletzt worden. Die Zahl der politischen Morde ist im Steigen. Dies geht daraus hervor, dass von den genannten 80 - 90 Fällen auf die fünf Monate des Jahres 1932 allein 40 kommen. Auch der Vertreter des Justizministeriums ist der Ansicht, dass durch die Amnestie die Zahl der politischen Gewaltdelikte noch weiter erheblich zunehmen wird. - Der Deutsche nationale Dr. Zubke erklärte sich für den nationalsozialistischen Antrag.

In der Abstimmung wurde zunächst der kommunistische Amnestieantrag gegen die Antragsteller abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag, der Amnestie für die Verteidiger der Republik fordert. Dagegen wurde der sozialdemo-

kratische Antrag auf Straffreiheit für aus Not begangene wirtschaftliche Ver-
gehen mit den Stimmen der Linken und des Zentrums angenommen. Nunmehr wurde
der nationalsozialistische Amnestieantrag zur Abstimmung gestellt. Zu Beginn
dieser Abstimmung erklärte der Kommunist Steinfurth: Nachdem der kommunistische
Antrag, der die Faschisten von der Amnestie ausnehmen wollte, abgelehnt sei,
würden die Kommunisten für den nationalsozialistischen Antrag stimmen, der
die allgemeine politische Amnestie enthält. Sie protestierten aber dagegen,
dass durch diese Annahme auch die nationalsozialistischen Arbeitermörder in
Freiheit gesetzt würden. (Schallende Heiterkeit) Dann wurden die Bestimmungen
des nationalsozialistischen Gesetzentwurfes, die die allgemeine Amnestie für
alle politischen Straftaten vorsehen, mit der Mehrheit Nationalsozialisten -
Deutschnationale - Kommunisten angenommen. Für die weiteren Bestimmungen, die
eine Beamtenamnestie (Rückgängigmachung von Disziplinarstrafen) forderten,
stimmte zum grossen Teil auch das Zentrum. Dagegen wurde der Zentrumsantrag,
der die Verbrechen gegen das Leben von der Amnestie ausnehmen will, gegen die
Stimmen der Antragsteller und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Eine besondere Debatte ergab noch der Zeitpunkt des Inkrafttretens des
Gesetzes. Der nationalsozialistische Antrag will, dass das Gesetz am Tage nach
seiner Verkündung in Kraft tritt. Das Zentrum beantragte den 1. Juni 1932 als
Stichtag. Ministerialdirektor Huber wies warnend darauf hin, dass die natio-
nalsozialistische Fassung geradezu dazu ermutige, noch rasch vor Inkrafttreten
des Gesetzes Gewalt- und Mordtaten zu begehen, somit Straffreiheit sogar für
künftige Verbrechen in Aussicht stelle. Trotzdem lehnte die nationalsoziali-
stisch-kommunistische Mehrheit den Zentrumsantrag ab und belies es bei dem
nationalsozialistischen Wahnsinn. Die gleiche Mehrheit nahm auch noch eine
Entschliessung an, wonach die preussische Regierung schon vor Inkrafttreten
des Gesetzes alle Strafverfahren unterbrechen und alle Verurteilten auf freier
Fuss setzen soll, ferner einen kommunistischen Antrag auf Einsetzung eines
parlamentarischen Ueberwachungsausschusses zur Durchführung des Gesetzes. -
Eine zweite Lesung zu redaktionellen Zwecken soll am Freitag stattfinden. Eher
so sollen am Freitag verhandelt werden die Anträge über Begnadigung von Klaus
Heim und Genossen, sowie ein kommunistischer Antrag auf Begnadigung von Ab-
treibungsdelikten.

Trotz des Erfolges der verbündeten Radikalen ist noch keineswegs gewiss,
ob diese Prämierung des nationalsozialistischen Terrors wirklich Gesetz wer-
den wird. Im Ausschuss wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, dass
möglicherweise der Staatsrat gegen das Gesetz Einspruch erheben könne. Dies
würde seine Zurückverweisung an den Landtag zur Folge haben, wo es dann nur
mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden könnte.

SPD. Dresden, 9. Juni (Eig. Drahtb.)

Der sozialdemokratische Abgeordnete Hartsch richtete am Donnerstag im
Sächsischen Landtag an die Regierung die Frage, wie sie sich zur Bestellung
eines Reichskommissars für Preussen stelle. Der sächsische Ministerpräsident
Schleck, dessen Regierung auch eine Geschäftsregierung ist, erwiderte mit
einer Erklärung, in der es heisst:

"Sollte es in Preussen zur Bestellung eines Reichskommissars kommen, so
wird abzuwarten sein, inwiefern der Herr Reichspräsident und die Reichsregie-
rung eine der Voraussetzungen des Artikels 48 der Reichsverfassung für gege-
ben erachten. Die Tatsache allein, dass eine Landesregierung eine geschäfts-
führende ist, würde jedenfalls nach meiner Ueberzeugung nicht ausreichen.
Wir für unseren Teil wären gern bereit, einer anderen Regierung Platz zu geben.
Das habe ich wiederholt von dieser Stelle aus zum Ausdruck gebracht. Es han-

delt sich aber für mich lediglich darum, dass mich Reichs- und Landesverfassung verpflichten, das mir anvertraute Gut der Selbständigkeit des Landes nach Kräften zu wahren. Von diesem Standpunkt aus muss ich aber erklären, dass auch eine geschäftsführende parlamentarisch nicht bestätigte Regierung eine in der Verfassung vorgesehene Institution ist und darum allein, weil sie geschäftsführend ist, noch keinen Anlass bietet, durch einen Reichskommissar ersetzt zu werden. Ebensowenig sind nach meiner Meinung Etat- und Kassenschwierigkeiten, die eine vom Gefühl ihrer Verantwortlichkeit wohl erfüllte Landesregierung nicht zu überwinden vermag, ein hinreichender Anlass, die Landesregierung durch einen Reichskommissar zu ersetzen. Damit wäre weder dem Land noch dem Reich geholfen. Die sachliche Hilfe, die einem in unüberwindliche Schwierigkeiten geratenen Lande durch das Reich geleistet werden muss, würde diesem wahrscheinlich erheblich teurer zu stehen kommen, wenn nicht eine Landesregierung dazwischengeschaltet wäre, sondern wenn die Reichsregierung mit der Bestellung eines Reichskommissars die unmittelbare Verantwortung selbst übernehme. Ich möchte auch annehmen, dass sich keine Regierung dieser Erwägung verschliessen wird und dass deshalb das Mittel der Reichsexekutive, denn darum handelt es sich doch bei der Bestellung eines Reichskommissars, nur dann angewendet wird, wenn wirklich dem Reich für sein Dasein aus einem Lande schwere Gefahren drohen."

SPD. Der Freistaat Preussen erhält durch das sogenannte Preussenkonsortium, das unter der Führung der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) steht, einen Ueberbrückungskredit in Höhe von 35 Millionen Mark. Damit sind die Kassenschwierigkeiten in Preussen zum mindesten für die Dauer des laufenden Etatjahres, also bis Frühjahr 1933 behoben. Die Gefahr, dass Preussen die Beamtengehälter nicht auszahlen kann - die Adelsregierung hatte stark damit gerechnet, um in Preussen eingreifen zu können -, ist ausgeschaltet. Voraussetzung für die Gewährung des Kredits war die neue Notverordnung, die zum Zwecke der Ausbalancierung des preussischen Etats erlassen wurde. Die Schwierigkeiten im Etat sind dadurch entstanden, dass die Adelsregierung im Reich an Preussen die versprochenen 100 Millionen für die an das Reich abgetretene Siedlungsbank nicht zahlen konnte.

SPD. Nazis, Deutschnationale und Kommunisten haben im Preussischen Landtag die Aufhebung der neuen Notverordnung beantragt, ohne sich allerdings auch nur im geringsten den Kopf darüber zu zerbrechen, wie das Etatdefizit ausgeglichen werden könnte. Die Anträge haben rein agitatorische Bedeutung, da die Verordnung, die sich auf eine Verordnung des Reichspräsidenten stützt, vom Preussischen Landtag nicht aufgehoben werden kann.

SPD. Paris, 9. Juni (Eig. Drahtb)

Die in Frankreich ansässige deutsche Fliegerin Lena Bernstein, eine geborene Leipzigerin, die im Jahre 1929 Inhaberin des Entfernungs- und Dauerweltrekords für Fliegerinnen gewesen ist, ist am Donnerstag früh auf dem Rennplatz von Biskra bei Algier tot aufgefunden worden. Frau Bernstein war vor einigen Tagen in Biskra eingetroffen, um einen neuen Rekordflug vorzubereiten, da ihr die französische Fliegerin Bastié im Jahre 1930 die beiden Weltrekordtitel geraubt hatte. Man nimmt an, dass die Fliegerin Selbstmord

begangen hat, denn sie hatte mit der Vorbereitung des Fluges derartige Schwierigkeiten (ein Apparat ist durch einen Sturm vernichtet worden), dass sie bereits auf ihr Unternehmen verzichtete und sich von einer Zirkustruppe engagieren lassen wollte.

SPD. Mehr als die Linderung der Not unseres Volkes interessiert sich das Adelskabinett des Herrn von Papen dafür, wie es seine Wechsel gegenüber Hitler einlösen kann. Die Aufhebung des SA-Verbots ist bereits angekündigt. Jetzt wird als weitere Zusage mitgeteilt, dass Hitler demnächst durch den Rundfunk auf das deutsche Volk losgelassen werden soll.

SPD. Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, dass die Stimmlisten und Stimmkarteien für die Reichstagswahl vom 10. bis 17. Juli auszulegen sind.

SPD. Von der von dem geschäftsführenden preussischen Kabinett beschlossenen Gehaltskürzung werden auch die Pensionäre betroffen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACHBEDARF

Wiederentdeckte Monarchie.

SPD. "Wiederentdeckte Monarchie" - so lautet der Titel eines Buches, das von dem deutschnationalen Rechtsanwalt Friedrich Everling verfasst worden ist und gleichzeitig mit dem Amtsantritt der Regierung der Barone erscheint. Friedrich Everling ist der getreue Schildknappe des Monarchismus und Legitimus. Seine monarchische Treue ist mit klingender Münze gelohnt worden - hat er doch die bekannten und berüchtigten Prozesse der Exfürsten gegen das Volk um ihre Abfindung geführt. Herr Friedrich Everling sieht hinter der Regierung der Barone schon wieder den Thron der Hohenzollern emporsteigen. Seine Sorge ist nur, dass weite Teile der heutigen Jugend durch die Schuld der älteren Generation die Monarchie noch nicht entdeckt haben, weil sie überhaupt nicht wissen können, was die Monarchie, die sie nie gekannt haben, bedeutet. Seine Klagen sind nur zu berechtigt. Er denkt heute noch daran, was im Jahre 1928 Lambach über die Monarchisten schrieb:

"Für die nach 1905 Geborenen sind Kaiser und Könige keine geheiligten und unantastbaren Grössen mehr. Die Jugend erlebt den Usurpator von Afghanistan als König. "Er sollte man lieber nach Hause fahren, damit er nicht inzwischen abgesetzt wird", meint schon mein Zwölfjähriger. Könige und Kaiser sind für die jetzt heranwachsenden Wählergenerationen nicht mehr geheiligte, verehrungswürdige Personen bezw. Institutionen. Sie sind für diese Jugend zu Film- und Bühnengelegenheiten geworden. Es bleibt vom Monarchismus nur der Kyffhäuser-turm übrig, mehr nicht."

Herr Everling und die Seinen wollen wieder Popanze nach der Art Amanullahs auf Säulen stellen und sie dem Volke als von Gottesgnaden vorführen. Everling trommelt und der Schlossherr von Oels wartet mit zitternder Begierde schon darauf, dass das Kabinett der Barone ihm den Thron errichten soll. Wo die Sozialreaktion im Kapitalismus sich breit macht, glaubt hinter ihr der Feudalismus seine Stunde wieder gekommen! Die grosse und moralisch vernichtende Abrechnung, die im Kampfe um die Fürstenabfindung mit der Monarchie und ihrer Vertretern vollzogen worden ist, scheint noch nicht nachhaltig genug gewesen zu sein! Man muss sie erneuern und der Jugend die historischen Verbrechen der Hohenzollern und ihresgleichen aufs Neue kräftig vor Augen führen!

Wilhelm gibt Parole aus.

Die "Wilhelmshavener Zeitung", ein Organ der Behörden, hat einen Bericht über die sogenannte Kameradschaftstagung der Mittelmeerdivision vom 4. - 6. Juni veröffentlicht. In diesem Bericht findet man faksimiliert die folgende Verlautbarung des Deserteurs von Doorn.

"Haus Doorn, den 4. Juni 1932. Brieftelegramm S.M. des Kaisers und Königs. Den im Wilhelmshaven zur Wiedersehensfeier versammelten kampfgeprobten einstigen Besatzungen meiner Schiffe "Göben" und "Breslau" sende ich Meinen Gruss. Voll hoher Anerkennung gedenke Ich der Kampfleistungen beider Kreuzer. Ehre für Kaiser und Reich gefallenen Helden. Der Durchbruch der "Breslau" und "Göben" sei uns Vorbild für die Zukunft. Nur kühner Mut und Opferbereitschaft kann unserm Vaterlande den Weg in die Freiheit bahnen und alle Fesseln sprengen. Diesen Gedanken der Jugend einzuhammern sei neben der Pflege der Kameradschaft und der Erinnerung an die grosse Vergangenheit die Hauptaufgabe

der Wiedersiehensfeier! Vorwärts mit Gott für Ehr und Wehr! Wilhelm I.R."

Er wird wieder lebendig, der Mann, der nach dem durch seine Missregierung und der Militärdiktatur verschuldeten Zusammenbruchs landflüchtig wurde, und sein Volk in der Stunde der äussersten Not verliess. Die Regierung der Barone hat ihm und seinesgleichen wieder Hoffnungen gemacht!

Für Deutschlands Millionär!

Für wen arbeitet das Kabinett der Barone? Für wen wird der Militarismus und die monarchistische Propaganda wieder lebendig gemacht, für wen wird die Arbeitslosenversicherung abgebaut, für wen werden die Wohlfahrtserwerbslosen dem Elend preisgegeben?

Im Kriege sangen die Frontsoldaten: Für Deutschlands Millionär!

Sie sind es, die heute wieder Herren über das Volk sein wollen! Die Reaktion steht schützend vor ihnen. Sie behauptet, dass sie so arm sind, dass sie nichts wehr für den Staat leisten können. Wir zeigen, wie arm sie sind!

Der Geheimrat Caro, der einen wütenden Rechtsstreit mit dem tschechischen Kohlenkönig Petschek führt, ist ein grosser Kriegsgewinner. Er hat vor Gericht sein Einkommen und zwar nur das steuermässige folgendermassen angegeben: 1928 500 000 Mark, 1929 480 000 Mark, 1930 800 000 Mark, 1931 nahe an 800 000 Mark!

Das Schloss Hohehorst des Wirtschaftsverbrechers Lahusen, das einen Millionenwert besitzt, ist von dem Rittmeister a.D. Kiepert gekauft worden. Kiepert hat vor einigen Jahren das Rittergut Marienfelde für mehr als 6 Millionen an die Stadt Berlin verkauft. Mit dem Gelde ist er in die Schweiz gegangen und hat dort seinen Wohlbesitz begründet.

Das sind Repräsentanten der Schichten, die das Kabinett der Barone vor Steuern schützen will - weil man diesen Leuten, die jährlich Millionen verdienen, nicht zumuten kann, dass sie Solidarität empfinden mit deutschen Arbeitern und dafür Steuern zahlen.

Deutschlands Millionäre, seine Monarchisten und Militaristen - das sind die Schützlinge des Kabinetts der Barone.

Kleine Anzeichen.

Hier sind Symptome, die Zeichen der Zeit sind:

Auf der Berliner Sommerschau, dem Sport und dem Sommer gewidmet, wurde eine Uebung vorgeführt; Sanitäter mit Gasmasken tragen auf einer Bahre einen Gasvergifteten aus der bedrohten Zone. Wochenende mit Fliedergasangriff gefällig?

Die Industrie stellt jetzt nicht nur Gasmasken für Menschen, sondern auch Gasmasken für Pferde und Hunde her.

Die Deutsche Lufthansa hat kürzlich drei Flugzeugführern ein besonderes Ehrenabzeichen verliehen. Von weitem gesehen gleicht es durchaus dem sogenannten Hohheitsabzeichen der NSDAP.

Die Frauenmode geht zurück zur Vergangenheit. Erst kam der lange Rock wieder, dann der sogenannte Dutt und jetzt sieht man in allen Modegeschäften blaue und rote Jacken für Frauen mit blanken Knöpfen besetzt - getreue Abbilder der Ulanenjacken.

Alle Kräfte des Spiessbürgertums arbeiten auf die Wiederkehr der Zeiten des wilhelminischen Militarismus und Monarchismus hin. Sie werden es so lange treiben, bis das Volk am Rande einer neuen Katastrophe steht!

Aus aller Welt

Bomben über Spanien.

Hausse in Bombenfabrikation - Lebensgefährliche Spielereien der Anarchisten. -
Die Republik steht fest - Stürmischer Vormarsch der Sozialdemokratie.

SPD. Madrid, Anfang Juni (Eig. Ber.)

In Spanien ist zur Zeit eine Bomben-Inflation ausgebrochen. In den verschiedensten Orten wurden plötzlich Explosivstoffe gefunden: Zuerst, wie gewöhnlich, in Sevilla, dem Aufrührherd der Anarchisten, - etwa 250 fertiggestellte Bomben; dann in Madrid, einen Tag später, etwa 130 Bomben gleicher Qualität; weiter 50 Stück in Zaragoza, 60 in Vizcaya usw. - In Scheinen, hinter Theken von Restaurants lagen sie versteckt und warteten darauf, ihrer zerstörenden Bestimmung zugeführt zu werden. In der Nähe von Corcoba hat man das Glück gehabt, einen Mann bei ihrer Herstellung zu erwischen. Aus Versehen ging ihm ein Kasten Dynamit in die Luft, was nicht geräuschlos zu geschehen pflegt, und selbst die wohlwollendsten Nachbarn konnten die Explosion vor der Polizei nicht ableugnen, zumal Mutter und Schwester des Mannes, die der interessanten Beschäftigung des Bombenmachers zugesehen hatten, schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Der Mann selbst blieb unverletzt und konnte in Ge-
wahrhaftigkeit genommen werden.

Bombenfabrikation als Romantikersport.

Die extreme Arbeiterbewegung Spaniens, die hinter diesen Machenschaften steht, ist der anarchistische Syndikalismus. Der Kommunismus hat in Spanien nicht recht Fuß fassen können. Diejenigen Teile der Arbeiterschaft, die noch nicht für die Sozialdemokratie gewonnen sind, hängen an der alten anarchistischen Tradition, denn der Spanier kann sich nicht leicht vom Überlieferten trennen. Aus diesem Grunde sind die "Kommunisten" Spaniens vielfach "Salon-Kommunisten", d. h., mehr oder weniger reiche Bürger, die ihr langweiliges Rentenleben ein bisschen würzen und ihren Freunden vom Stammtisch (der "Tertullia") imponieren wollen. Der Arbeiter dagegen ist entweder überzeugter Sozialist oder eben Anarchist, Jünger Bakunins oder Krapotkins.

Bomben zu fabrizieren, Verschwörungen zu inszenieren trägt viel Geheimnisvoll-Mystisches in sich. Das Zerstören missliebiger, und selbst vertraut-angenehmer Dinge, erfreut das Herz jedes Kindes. Der Spanier ist seiner ganzen Natur nach ein eigensinnig verspieltes Kind. Schon aus diesem Charakterzug heraus erklärt sich, weshalb der Anarchismus, eine bei anderen Völkern längst überwundene Bewegung, in Spanien noch eine gewisse Rolle spielt. Aber noch eine andere Charaktereigenschaft des Spaniers leistet dieser Bewegung Vorschub: der starke Unabhängigkeitsdrang, der Hang zum Individualismus.

Arbeiterschädliche Revolutionsspiele.

Der Anarchismus hat der spanischen Arbeiterbewegung aufs schwerste geschadet. Die spanische Arbeiterschaft ist zersplittert, Teilstreiks, kleine Unruhen, Terror, Bombenattentate, Sabotage, die Mittel der anarchistischen Syndikate, können zwar immer neuen Aufruhr in die Bevölkerung tragen, aber sie zerstören auf der anderen Seite jede Möglichkeit einer einheitlichen Arbeiter- und Lohnbewegung. Haben die Sozialdemokraten beispielsweise einen Tarifvertrag mit den Unternehmern abgeschlossen, so verlangen die Anarchisten stets höhere Tarife, sabotieren den Vertrag durch schnell-organisierte Teilstreiks oder das in die Luft-Springen einer Unternehmervilla. Die Folge: Annullierung des gesamten Tarifvertrags.

Sozialistischer Vormarsch.

Schon während der Diktatur hatten sich die anarchistisch beeinflussten spanischen Arbeiter zu Syndikaten zusammengeschlossen, die mittlerweile zwei verschiedene Richtungen vertreten: eine extreme und eine gemässigte. Die Grundorganisation dieser Syndikate bildet die "Confédération Nacional del Trabajo", die auf der Basis von föderativ-organisierten Berufsverbänden, die wiederum lokal und regional zusammengefasst sind, aufgebaut ist. Diese "C.N.T." ist von ihrer ursprünglichen Form, die Aktions-Initiative jeder einzelnen Federalgruppe zu überlassen, in gewissem Sinne abgegangen. Sie besitzt heute eine Bürokratie, die die Geschäftsführung der Syndikate und die Regelung verhältnismässig einheitlicher Aktionen in der Hand hat. Bis vor einem halben Jahr ist dieses Syndikat zahlenmässig ziemlich stark gewesen, es besass fast 600 000 Anhänger. Durch die starke Propaganda der sozialistischen Gewerkschaften, die während der Diktatur nur wenig Gefolgschaft hatten, nimmt aber die C.N.T. ständig ab, dafür spricht u.a., dass die sozialistische Gewerkschaft heute bereits 1 200 000 Mitglieder zählt gegenüber 250 000 vor der Republik!

Die monarchistischen Lockspitzel.

Von der "rechten" C.N.T. hat sich nunmehr eine Linksgruppe abgespalten, die "Fédération Anarquista Iberica", die in losen Gruppen, ohne Bürokratie, "direkte Aktionen" unternimmt, also es gleichsam jedem ihrer Mitglieder überlässt, in seiner Gruppe einen Streik zu proklamieren, eine Fabrik zu sabotieren, Bomben zu werfen usw. Die Bombenfunde der letzten Zeit sind ausschliesslich bei Mitgliedern der F.A.I. gemacht worden.

Dass die Unruhen unter den anarchistischen Arbeitern in den letzten Monaten und Wochen wieder so stark zugenommen haben, erklärt sich zum Teil wohl auch aus der scharfen Propaganda der von den Monarchisten Spaniens bestochenen Agitatoren, die die Dörfer und Städte Andalusiens durchziehen. Natürlich macht sich auch in Spanien die allgemeine Wirtschaftsnot bemerkbar, aber der Kapitalist beschleunigt und unterstützt diese Not und Krise nur zu gern. Der Grossgrundbesitzer lässt nicht abernten, oder sogar das Land völlig brachliegen. Der Minenbesitzer fördert, damit der Betrieb nicht zusetzt, gerade so viel, wie er bestimmt auf dem Weltmarkt absetzen kann. Die Folge ist vermehrte Arbeitsnot, die von trüben Interessentengruppen weidlich ausgenutzt wird.

+ + +

Naziabgeordneter - Petschek-Propagandist. Im Mitgiftprozess Caro-Petschek kam es am Donnerstag zu sehr interessanten Enthüllungen. Der Verteidiger Geheimrat Caros machte davon Mitteilung, dass sich nach einer Auskunft des preussischen Innenministeriums vor einiger Zeit ein nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter nach der Staatsangehörigkeit Geheimrat Caros erkundigt habe, ohne anscheinend zu wissen, dass Caro von Geburt Deutscher ist. Diese Anfrage des Naziabgeordneten geschah im Interesse des Ausländers Petschek. Danach scheinen die Nazis für ihre Methoden vollendeter nationaler Würdelosigkeit eine neue Nuance gefunden zu haben, die Ausspionierung fremder Bett- und Mitgiftgeheimnisse nämlich, natürlich zu Nutz und Frommen eines Ausländers. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurden noch mancherlei amüsante Details ausgeplaudert, die beweisen, dass wirklich nicht alles Gold ist, was glänzt. Nachdem sich die Verteidiger Geheimrats Caros darüber aufgehalten hatten, dass Ignatz Petschek die zehn Millionen Mark Mitgift, die der Familie Caro von ihm versprochen worden waren, niemals gezahlt hat, äusserte sich Geheimrat Caro über seinen ehemaligen Schwiegersohn Petschek, den er eine ungemein unerfreuliche Erscheinung nannte. Er sei bössartig, kleinlich und ungeistig gewesen, ein Mensch, der nur an seinen materiellen Vorteil gedacht habe. Als sich Geheimrat Caro auch den Vater Petschek vorknöpfte, warf die Gegenseite dem Angeklagten vor, dass er die ganze Familie Petschek mit seinem Hass verfolge. Geheimrat Caro rief daraufhin entrüstet: "Das heisst doch wirklich, die Dinge auf den Kopf stellen. Mir wirft man

Hass gegen die Petscheks vor, nachdem ich durch das jahrelange Treiben dieser Familie gezwungen bin, an dieser Stelle zu stehen." Grosse Heiterkeit erregte die Verlesung von Festreden, die Geheimrat Caro und Petschek früher aufeinander gehalten haben, und die von Komplimenten und Schmeicheleien nur so triefen. Geheimrat Caro erklärte dazu, dass er tatsächlich früher Petschek als seinen besten Freund betrachtet habe, später habe er allerdings erkannt, dass er sein grösster Feind sei. Wohltätigkeit habe für Petschek nur da existiert, wo er sie an die grosse Glocke hängen konnte. Im Kriege habe er einen Lazarettzug und ein Siechenhaus gestiftet und dabei noch ein gutes Geschäft gemacht.

+ + +

Die Devaheimschieber. Im Devaheim-Prozess wurde am Donnerstag der Sparvertrag Messmann erörtert. In diesem Fall wird neben Herrn Jeppel vor allem auch Cremer jr., der Sohn des Luxuspastors, der Untreue bezichtigt. Bei der Devaheim war am 23. April 1920 auf den Namen Fritz ein Siedlervertrag über 2 000 Mark abgeschlossen worden. Ein gewisser Messmann trat in diesen Sparvertrag ein, worauf man die Sparsumme auf das Zehnfache, auf 20 000 Mark also, erhöhte. Dieser Messmann war allerdings nur eine Strohpuppe, gerade gut genug, um eine empörende Schiebung zu tarnen. Herr Cremer jr. gab zu, dass dieser Messmann nur eine vorgeschobene Person war und dass in Wirklichkeit der Sparvertrag für ihn, den Sohn des Pastors, abgeschlossen wurde. Cremer jr. schämte sich nämlich, bei der Zuteilung selbst hervorzutreten. Der Sachverständige Grade legte dar, dass die Zuteilung des Sparvertrags, der von dem betrügerischen Pastorensohn unter falschem Namen abgeschlossen worden ist, völlig vertragswidrig war und vor allen Dingen zum schweren Schaden der anderen Sparer erfolgte.

+ + +

Krach im Sklarek-Prozess. Im Sklarek-Prozess kam es am Donnerstag zu einem Zwischenfall, als Rechtsanwalt Dr. Braubach, der Verteidiger des angeklagten Bürgermeisters Kohl, das Verhalten der Staatsanwaltschaft scharf kritisierte. Der Rechtsanwalt gab seiner Ansicht Ausdruck, dass sich die Staatsanwaltschaft bei der Vertretung der Anklage nicht immer von sachlichen Erwägungen habe leiten lassen. Insbesondere die Anklage gegen den Bürgermeister Kohl sei "geradezu feuilletonistisch" aufgezogen. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weissenberg der anscheinend ein Gegner des Feuilletons ist, fühlte sich durch diese Bemerkung so getroffen, dass er erregt aufsprang und den Saal verliess, wobei er die Tür mit lautem Krachen hinter sich zuwarf. Auf eine diesbezügliche Frage des Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Kessner, erklärte Rechtsanwalt Braubach, dass er seine Ausführung sachlich aufrecht erhalten müsse. Nach diesem Vorfall ergriff Rechtsanwalt Dr. Landsberg das Wort, um für seinen Klienten, den Angeklagten Stadtrat Degner, zu plädieren.

+ + +

Fabrikexplosion. In der Zündhütchenfabrik des Troisdorfer Werkes der Dynamit A.G. bei Köln explodierte am Donnerstag mittag Knallquecksilber. Das Fabrikgebäude wurde durch die Wucht der Explosion vollständig zerstört. Da zurzeit der Explosion niemand im Betrieb war, sind Menschenleben glücklicherweise nicht zu beklagen.

+ + +

Mordüberfall. In der Nacht zum Donnerstag drang ein noch unbekannter Täter in Schloss Holde bei Bielefeld in das Schlafzimmer des Gastwirts Desselhaus ein, erschlug den Gastwirt mit einem Hammer und verletzte die Frau des Gastwirts, seinen Vater und eine Hausangestellte schwer. Die Hausangestellte warf sich trotz ihrer Verletzungen dem Mörder entgegen und entriss ihm den Hammer, worauf der Täter flüchtete.

Gesellschaftliche Rundschau ✖

Sozialpolitik auf Abbruch.

SPD. Das Reichsarbeitsministerium hat also nun doch noch einen Minister bekommen. Das Ministerium blieb nicht, wie man befürchtete, verwaist. So etwas hätte einen zu schlechten Eindruck gemacht, und Herr Hitler kann jetzt vor den Wahlen solche schlechten Eindrücke nicht gebrauchen. Nach den Wahlen kann ja manches nachgeholt werden. Schlägt man den Kopf weg, dann sieht jeder, was los ist, Also lässt man den Kopf. Man kann ja einstweilen trotzdem seine Vorbereitungen für den Abbruch der Sozialpolitik treffen.

Der Abbruch hat übrigens bereits begonnen. Die Siedlungsabteilung des Reichsarbeitsministeriums wird vom Reichsernährungsministerium übernommen. Diese Uebernahme ist mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Es besteht die Gefahr, dass die bereits in Gang befindlichen Siedlungsarbeiten völlig ins Stocken geraten und die Siedler in schwere Beunruhigung gestürzt werden. Aber das alles ändert nichts daran, dass das Siedlungsprogramm der Regierung Brüning, das von den Junkern dem Reichspräsidenten als Bolschewismus denunziert wurde, von der Regierung der Hitlerbarone beiseite geworfen wurde. Mit der Siedlung ist Schluss. Siedlung - das ist nichts für die Junker. Ostelbien ist zwar ein Raum ohne Volk und in Rheinland-Westfalen, vor allem im Gebiet des Ruhrbergbaus, lebt ein Volk ohne Raum, weil ohne Arbeit. Tausende von heute arbeitslosen Bergarbeitern sind aus Ostelbien gekommen. Die Brüningregierung wollte einen Teil dieser Leute im Osten ansiedeln, um so den Druck auf dem Arbeitsmarkt des Westens zu mildern. Auch vom nationalpolitischen Gesichtspunkt aus wäre eine grosszügige Siedlung im Osten eine Grosstat gewesen. Aber was kümmert unsere Junker das Interesse der Nation, wenn es an ihren Geldbeutel geht? Die polnische Gefahr wird zwar in den Organen der Junker mit Vorliebe in düsteren Farben geschildert, und ihre Freunde, die Nazis, tun so, als ob jeden Tag ein Krieg mit Polen ausbrechen könnte. Aber eine Menschenmauer im Osten als Schutz Deutschlands gegen die von Polen angeblich drohende Gefahr aufzubauen - fällt unseren Junkern nicht ein. Sie wollen ihren bankrotten Grossgrundbesitz, auch den total bankrotten, weiter mit allgemeinen Mitteln über Wasser halten. In das Fass ohne Boden sollen aufs neue Millionen und Abermillionen wandern. Das arme Deutschland hat's ja.

Mit der Siedlung hängt der Wohnungsbau zusammen, vor allem der Kleinwohnungsbau und auch die Randsiedlung. Wenn die Siedlung verschwindet, kann natürlich auch die Wohnungsbauabteilung aus dem Reichsarbeitsministerium verschwinden. Der Randsiedlungskommissar Dr. Sasse führt sein Amt nur noch bis zum 1. Juli. Wohnungsbau, Kleinwohnungsbau, wozu? Das Ausland ist ja schon lange neidisch auf die deutsche Wohnungskultur. Was brauchen die deutschen Proletarier besser zu wohnen als die in Frankreich, England und Italien? Mit dem Wohlfahrtsstaat - das hat die Regierung Papen in ihrem Wahlauftritt deutlich genug angekündigt - soll ja jetzt Schluss gemacht werden. In Berlin hat man zwar soeben erst eine grosse Ausstellung aufgemacht, die den schönen Namen "Sonne Luft und Haus für Alle" trägt. Da können die Proleten sehr schön sehen, wie man gesund wohnen könnte, wie man eigentlich wohnen müsste. Aber die Regierung der Hitlerbarone will nun einmal nichts mehr vom Wohlfahrtsstaat wissen, und so werden sich eben die armen Teufel damit abfinden müssen, dass sie eventuell gegen verbilligten Eintrittspreis künftig in schönen Ausstellungen

gen sich ansehen können, wie es sein könnte, wie es sein müsste.

Da die Siedlung aus dem Reichsarbeitsministerium verschwindet, ist es begreiflich, wenn bereits die Meldung auftaucht, der führende Mann in der Abteilung IV Herr Ministerialdirektor Dr. Weigert werde das Reichsarbeitsministerium verlassen. Was bleibt auch von der Abteilung IV noch viel übrig, wenn die Siedlung weg ist? Die Arbeitslosenversicherung? Die soll ja ohnehin verschwinden. Das ist ja eine Hauptforderung der Scharfmacher. Das Kabinett hat einen scharfen Abbau der Sozialversicherung beschlossen. Geplant ist, wie man hört, dass die Stelle des Staatssekretärs im Reichsarbeitsministerium Herr Popitz, früher Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, einnehmen soll. Popitz ist ein einseitig finanzpolitisch eingestellter Mann und praktisch infolgedessen Sozialreaktionär. Seine Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenbetreuung sehen die Einführung einer allgemeinen Wohlfahrtsunterstützung vor, d.h. Aufhebung der Arbeitslosenversicherung. Die Pläne des Kabinetts gehen dementsprechend dahin, zunächst für eine Uebergangszeit die Bedürftigkeitsprüfung in die Versicherung einzubauen. d.h. die Versicherung praktisch zu beseitigen, und später die Arbeitslosenbetreuung den Gemeinden zu überantworten, wobei man vielleicht die Arbeitsvermittlung den Arbeitsämtern belassen will.

Auch das grosse Gebiet der alten Sozialversicherung, ein Hauptgebiet des Reichsarbeitsministeriums, soll mächtig eingeschränkt werden. Ganz und sofort will man die Sozialversicherung nicht kassieren. Etwas will man noch übrig lassen. Vielleicht so viel, dass die Rente ungefähr der Armenunterstützung der Vorkriegszeit gleichkommt. Wenn das den armen Rentnern nicht reicht, dann sollen die Gewerkschaften aus Eigenem noch etwas zugeben. Die Gewerkschaften? Sollen denn die nicht mit Stumpf und Stil ausgerottet werden? Anscheinend nicht, jedenfalls so lange nicht, als sie noch etwas geben können. Man ist grossmütig. Man lässt sie leben, wenn sie fest Unterstützung zahlen und keine Kampffonds ansammeln. Können sie nicht mehr kämpfen, dann können ja die Gewerkschaften den Unternehmern gleichgültig sein.

Kann man sich wundern, wenn angesichts solcher Perspektiven Gerüchte im Umlauf sind, dass Männer wie Ministerialdirektor Dr. Sitzler und Ministerialdirektor Dr. Grieser das Reichsarbeitsministerium verlassen. Die von Sitzler betreute Abteilung für Schlichtungswesen soll, wie verlautet, gänzlich verschwinden. Was brauchen auch die Scharfmacher noch länger ein Schlichtungswesen. Sie wollen ja los vom Tarifvertrag und von der staatlichen Schlichtung. Sie wollen ja die Löhne künftig allein im trauten Verein mit ihren Arbeitern regeln.

Wenn das Lebenswerk von Männern wie Sitzler und Grieser, von Männern, die wahrhaftig keine Sozialisten, wohl aber überzeugte Sozialpolitiker sind, zerstört wird, dann hat natürlich ihr Verbleiben im Reichsarbeitsministerium keinen Sinn mehr. Sie haben für Sozialpolitik gekämpft und gearbeitet aus der Ueberzeugung, dass ein Land wie Deutschland nicht aus irgend welchen Weltanschauungsgründen, sondern einfach aus seinem Kulturniveau heraus Sozialpolitik treiben muss, wenn es sich nicht selbst aufgeben will. Aber die Leute, die heute in Deutschland das grosse Wort führen, haben von der Kulturaufgabe Deutschlands wohl eine andere Vorstellung. Leute, für die ein Brüning schon Bolschewist ist, wollen noch hinter den Dreiklassenstaat zurück.

SPD. Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der dieser Tage in Berlin zusammengetreten war, hat neben seinen Beratungen für den bevorstehenden Verbandstag sich auch mit den Gefahren beschäftigt, die den deutschen Arbeitern aus der Bildung des Adelskabinetts im Reiche drohen. Nach einer Darstellung des Ablaufs der politischen Geschehnisse der letzten

Wochen durch den Vorsitzenden Brandes und lebhafter Aussprache, an der sich Vertreter aus dem ganzen Reiche beteiligten, beschloss der Beirat einstimmig folgenden Aufruf an die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-
Verbandes:

"Die neue Regierung Papen-Schleicher hat sich in der offiziellen Regierungserklärung als der schlimmste Gegner einer freiheitlichen Arbeiterschaft gekennzeichnet. Diese Regierung ruft offen zum Kampf gegen die Grundlagen der Sozialpolitik auf und damit zur Vergrösserung der Not der hungernden Arbeiterschaft.

Sie ist der Ausdruck des schärfsten Klassenkampfes gegen die breiten Massen des deutschen Volkes; sie scheut sich nicht, den Staat, der nicht einmal den Hunger seiner notleidenden Bürger stillt, als Wohlfahrtsanstalt zu bezeichnen. Diese Regierung hat es gewagt, die gewaltige Arbeitslosigkeit als Ergebnis der dauernd verschlechterten Sozialpolitik anzusprechen, anstatt die Schuld in dem Versagen der kapitalistischen Wirtschaft zu brandmarken.

Die Regierung Papen-Schleicher ist mit Unterstützung der Nationalsozialisten gebildet worden, um Deutschland zu einer Wohlfahrtsanstalt - nicht für die Arbeiter, sondern besonders für die Grossgrundbesitzer und die unfähigen kapitalistischen Wirtschaftsführer zu machen auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft.

Gegen diese auf allen Gebieten reaktionäre Regierung, die eine verschleierte Militärdiktatur ist, die keine Existenzgrundlage durch das deutsche Volk bekommen hat, wird der Deutsche Metallarbeiterverband zur Wahrung der Lebensinteressen seiner Mitglieder wie der gesamten Arbeiterschaft den schärfsten Kampf führen. Der erweiterte Beirat fordert die Metallarbeitschaft Deutschlands auf, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen im Interesse der Sicherung und der Fortführung der gewerkschaftlichen Errungenschaften in der Wirtschafts- und Sozialpolitik alle Kräfte einzusetzen.

Der Kampf gegen das Kabinett Papen - Schleicher und gegen die hinter ihm stehenden Parteien einschliesslich der Nationalsozialisten ist ein Kampf um die Freiheit des deutschen Volkes, der mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zum Siege geführt werden muss."

SPD. Am Donnerstag trat der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin zu seiner regelmässigen Sitzung zusammen. Als erster Punkt der Beratungen wurde die Reparationsfrage einer eingehenden Besprechung unterzogen. Der Vorstand war sich vollkommen einig über die Notwendigkeit, die Frage der Reparationen endlich aus der Welt zu schaffen, mit dem Ziele der politischen Befriedung Europas und damit auch der Beseitigung einer der Ursachen der Wirtschaftskrise. Er war sich auch einig darüber, dass mit der Lösung der Reparationsfrage ein entscheidender Schritt getan würde, um die politischen Spannungen und die Unsicherheiten zu überwinden, die heute in Europa vorherrschen. Das Sekretariat wurde beauftragt, in diesem Sinne eine Entschliessung auszuarbeiten, die am Freitag zur Annahme gelangen dürfte. Weiter beauftragte der Vorstand das Sekretariat mit der Vorbereitung gewisser Arbeiten im Hinblick auf die Lösung der Weltwirtschaftskrise.

SPD. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund erhebt Protest gegen die neuen Gehaltskürzungen in Preussen und im Reich. Er erklärt: "Bei aller Würdigung der finanziellen Zwangslage, in die der preussische Staat infolge der Krise und der jüngsten politischen Ereignisse im Reich gekommen ist, muss schärfster Protest gegen die durch die neue Notverordnung verfügte Einbehaltung von 5% bzw. 2½ % der Bezüge eingelegt werden. Diese Einbehaltung von Gehaltsteilen bedeutet nichts anderes als eine weitere Gehaltskürzung gegenüber den preussischen Beamten, die ohnedies neben den vom Reiche verfüigten Gehaltskürzungen schon durch die bisherigen Sondermassnahmen Preussens schwer getroffen sind.

In gleicher Weise protestieren wir auf das schärfste gegen die von der Reichsregierung geplante Erhebung einer Beschäftigungssteuer oder Festbesoldetenabgabe in Höhe von 1½ % für die Beamten ohne jede Freigrenze oder soziale Staffelung. Dieser erneute Eingriff in die Beamtenrechte, die unerträgliche Verschlechterung der materiellen Lage weiter Beamtenkreise muss das Vertrauen der Beamtenschaft zum Staate und seiner Führung aufs schwerste erschüttern. Dies gilt umsomehr in einer Zeit, in der durch Zölle, Subventionen und unzählige andere Massnahmen anderen Volkskreisen und Berufsständen trotz der Finanznot Hunderte von Millionen aus öffentlichen Mitteln zugewendet werden und weiter in gesteigertem Masse zugewendet werden sollen, ohne dass auf der anderen Seite den noch vorhandenen grossen Einkommen und Vermögen auch nur annähernd solche Lasten auferlegt werden wie dies gegenüber der Beamtenschaft geschieht.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund warnt ernstlich und mit Nachdruck vor der Fortsetzung dieser Beamtenpolitik und ruft gleichzeitig die Beamtenschaft auf, durch gewerkschaftlichen und politischen Zusammenschluss den schärfsten Kampf gegen ihre Entrechtung aufzunehmen."

+

Ein ähnlicher Protest wird vom Vorstand des Deutschen Beamtenbundes veröffentlicht.

Am Donnerstag haben Vertreter des Deutschen Beamtenbundes dem Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krösigk die Auffassung der Beamtenschaft in einer Unterredung unterbreitet. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat ein Telegramm an den Reichskanzler und an sämtliche Reichsminister gerichtet, in dem ein Einzelvorgehen der Länder nach Art der preussischen Verordnung vom 8. Juni als unerträglich erklärt wird.

SPD. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden wollte die Eröffnung seines am Sonntag in Breslau zusammentretenden Verbandstages durch den Rundfunk übertragen lassen. Die schlesische Sendergruppe hat sich zur Uebertragung bereit erklärt. Auch die Leitung der Reichsrundfunkgesellschaft war mit der Uebertragung durch den Deutschlandsender zunächst einverstanden, jetzt aber hat der Ueberwachungsausschuss des Deutschlandsender die Uebertragung abgelehnt. Eine Begründung dafür hat er nicht gegeben.

Anscheinend sind die Herren des Ueberwachungsausschusses der Meinung, dass es nicht gut zu dem heutigen reaktionären Kurs passt, wenn sie eine grosse Organisation wie die der Arbeitsinvaliden auf dem Weg über den Deutschlandsender zu der Oeffentlichkeit über die Sorgen und Forderungen der Arbeitsinvaliden sprechen lassen. Herr Adolf Hitler darf, wie verlautet, in den nächsten Tagen über den Deutschlandsender sprechen. Dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden will man den Mund verbieten. Er wird trotzdem das Ohr der Oeffentlichkeit finden.

Wirtschaft Technik Handel

Schlechtere Weltwarenmärkte.

Trotz Käufe aus Inflationsfurcht

SPD. Als der grosse Bergrutsch bei den Preisen auf den Weltrohstoffmärkten im Jahre 1931 einsetzte und die Weltwirtschaftskrise masslos verschärfte glaubte man, den tiefsten Preisstand erreicht zu haben. Angesichts der Tatsache, dass die Weltrohstoffmärkte Preise aufwiesen, so niedrig, wie man sie seit 50 und 100 Jahren noch nicht gekannt hatte, glaubte man annehmen zu dürfen, jetzt müsse die grosse Wendung kommen. Jede Erscheinung auf den grossen Märkten wurde zugunsten dieser Hoffnung ausgelegt, so das Anziehen der Preise vor Wochen auf den Weltgetreidemärkten. Aber die Hoffnungen trogen. Heute steht das fest.

Welche Gründe haben hier mitgespielt? Will man darauf eine Antwort geben, so muss man an den Zusammenbruch des Kreugerkonzerns, an die sogenannte Kreugerkrise anknüpfen. Sie führte zu einer neuen Verwüstung der Wertpapierbörsen. Die grossen Spekulanten mussten hier ihre Geldreserven konzentrieren, um die einmal eingeleiteten Geschäfte an der Effektenbörse nicht mit Riesenverlusten zusammenbrechen zu lassen. Dieses Geld wurde aber den grossen Warenmärkten entzogen und diese Entziehung bedeutet eine neue Baisse, die selbstverständlich Rückwirkungen auf die Weltwirtschaftskrise haben muss.

Diese Entwicklung wurde durch Inflationskäufe, die allenthalben seit einiger Zeit einsetzen, nicht aufgehalten und aufgehoben. Gewiss sind aus Furcht vor einer Inflation in allen Ländern starke Warenkäufe durchgeführt worden. Aber sie reichen nicht hin, die grossen Weltrohstoffmärkte zu beleben und eine Grundlage für die Ueberwindung bzw. Milderung der grossen Krise zu schaffen.

Zugespitzt hat sich besonders die Entwicklung auf den Baumwollmärkten. Hier kommt der Markt über die verunglückte amerikanische Baumwollstützung nicht hinweg. Das nordamerikanische Farmamt hat im grösseren Ausmass Baumwolle angekauft, um die Preise zu halten. Nun sind aber finanzielle Schwierigkeiten eingetreten und die Nachrichten werden dringender, dass das Farmamt in absehbarer Zeit anfangen müsse, seine zu Preisstützungszwecken aufgehäuften Vorräte zu verkaufen. Die Bemühungen landwirtschaftlicher Kreise, dem Farmamt neue Subventionen aus allgemeinen Mitteln zu verschaffen, mit denen weiter "valorisiert" werden soll, sind fehlgeschlagen. Die Nachrichten über Anbau und Felderstand in den Baumwollstaaten der nordamerikanischen Union sind dagegen auf ziemlich normal abgestimmt. Auch hat sich die Hoffnung auf eine wirklich durchgreifende Einschränkung des Baumwollanbaus nicht erfüllt.

Der Wollmarkt konnte sich leidlich behaupten, wenn auch die Preise bei der letzten Londoner Versteigerung unter den Preisen vom März lagen. Aber auch hier ist die Lage alles andere als gesund.

Besonders deutlich ist der ungünstige Einfluss der Wertpapierbörsen an den amerikanischen Getreidemärkten zu erkennen. Nach einer kurzen Zeit der Preisbesserung haben die Preise nicht unerheblich nachgegeben, obwohl die Winterweizenernte ohne Zweifel schlecht ausfallen wird. Allerdings sind die Aussichten für die Sommerweizenernte in Kanada und Nordamerika günstiger. Ob

SPD. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund erhebt Protest gegen die neuen Gehaltskürzungen in Preussen und im Reich. Er erklärt: "Bei aller Würdigung der finanziellen Zwangslage, in die der preussische Staat infolge der Krise und der jüngsten politischen Ereignisse im Reich gekommen ist, muss schärfster Protest gegen die durch die neue Notverordnung verfügte Einbehaltung von 5% bzw. 2½ % der Bezüge eingelegt werden. Diese Einbehaltung von Gehaltsteilen bedeutet nichts anderes als eine weitere Gehaltskürzung gegenüber den preussischen Beamten, die ohnedies neben den vom Reiche verfüigten Gehaltskürzungen schon durch die bisherigen Sondermassnahmen Preussens schwer getroffen sind.

In gleicher Weise protestieren wir auf das schärfste gegen die von der Reichsregierung geplante Erhebung einer Beschäftigungssteuer oder Festbesoldetenabgabe in Höhe von 1½ % für die Beamten ohne jede Freigrenze oder soziale Staffe lung. Dieser erneute Eingriff in die Beamtenrechte, die unerträgliche Verschlechterung der materiellen Lage weiter Beamtenkreise muss das Vertrauen der Beamtenschaft zum Staate und seiner Führung aufs schwerste erschüttern. Dies gilt umsomehr in einer Zeit, in der durch Zölle, Subventionen und unzählige andere Massnahmen anderen Volkskreisen und Berufsständen trotz der Finanznot Hunderte von Millionen aus öffentlichen Mitteln zugewendet werden und weiter in gesteigertem Masse zugewendet werden sollen, ohne dass auf der anderen Seite den noch vorhandenen grossen Einkommen und Vermögen auch nur annähernd solche Lasten auferlegt werden wie dies gegenüber der Beamtenschaft geschieht.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund warnt ernstlich und mit Nachdruck vor der Fortsetzung dieser Beamtenpolitik und ruft gleichzeitig die Beamtenschaft auf, durch gewerkschaftlichen und politischen Zusammenschluss den schärfsten Kampf gegen ihre Entrechtung aufzunehmen."

+

Ein ähnlicher Protest wird vom Vorstand des Deutschen Beamtenbundes veröffentlicht.

Am Donnerstag haben Vertreter des Deutschen Beamtenbundes dem Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krösigk die Auffassung der Beamtenschaft in einer Unterredung unterbreitet. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat ein Telegramm an den Reichskanzler und an sämtliche Reichsminister gerichtet, in dem ein Einzelvorgehen der Länder nach Art der preussischen Verordnung vom 8. Juni als unerträglich erklärt wird.

SPD. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden wollte die Eröffnung seines am Sonntag in Breslau zusammentretenden Verbandstages durch den Rundfunk übertragen lassen. Die schlesische Sendergruppe hat sich zur Uebertragung bereit erklärt. Auch die Leitung der Reichsrundfunkgesellschaft war mit der Uebertragung durch den Deutschlandsender zunächst einverstanden, jetzt aber hat der Ueberwachungsausschuss des Deutschlandsender die Uebertragung abgelehnt. Eine Begründung dafür hat er nicht gegeben.

Anscheinend sind die Herren des Ueberwachungsausschusses der Meinung, dass es nicht gut zu dem heutigen reaktionären Kurs passt, wenn sie eine grosse Organisation wie die der Arbeitsinvaliden auf dem Weg über den Deutschlandsender zu der Oeffentlichkeit über die Sorgen und Forderungen der Arbeitsinvaliden sprechen lassen. Herr Adolf Hitler darf, wie verlautet, in den nächsten Tagen über den Deutschlandsender sprechen. Dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden will man den Mund verbieten. Er wird trotzdem das Ohr der Oeffentlichkeit finden.

Wirtschaft Technik Handel

Schlechtere Weltwarenmärkte.

Trotz Käufe aus Inflationsfurcht

SPD. Als der grosse Bergrutsch bei den Preisen auf den Weltrohstoffmärkten im Jahre 1931 einsetzte und die Weltwirtschaftskrise masslos verschärfte glaubte man, den tiefsten Preisstand erreicht zu haben. Angesichts der Tatsache, dass die Weltrohstoffmärkte Preise aufwiesen, so niedrig, wie man sie seit 50 und 100 Jahren noch nicht gekannt hatte, glaubte man annehmen zu dürfen, jetzt müsse die grosse Wendung kommen. Jede Erscheinung auf den grossen Märkten wurde zugunsten dieser Hoffnung ausgelegt, so das Anziehen der Preise vor Wochen auf den Weltgetreidemärkten. Aber die Hoffnungen trugen. Heute steht das fest.

Welche Gründe haben hier mitgespielt? Will man darauf eine Antwort geben, so muss man an den Zusammenbruch des Kreugerkonzerns, an die sogenannte Kreugerkrise anknüpfen. Sie führte zu einer neuen Verwüstung der Wertpapierbörsen. Die grossen Spekulanten mussten hier ihre Geldreserven konzentrieren, um die einmal eingeleiteten Geschäfte an der Effektenbörse nicht mit Riesenverlusten zusammenbrechen zu lassen. Dieses Geld wurde aber den grossen Warenmärkten entzogen und diese Entziehung bedeutet eine neue Baisse, die selbstverständlich Rückwirkungen auf die Weltwirtschaftskrise haben muss.

Diese Entwicklung wurde durch Inflationskäufe, die allenthalben seit einiger Zeit einsetzen, nicht aufgehalten und aufgehoben. Gewiss sind aus Furcht vor einer Inflation in allen Ländern starke Warenkäufe durchgeführt worden. Aber sie reichen nicht hin, die grossen Weltrohstoffmärkte zu beleben und eine Grundlage für die Ueberwindung bzw. Milderung der grossen Krise zu schaffen.

Zugespitzt hat sich besonders die Entwicklung auf den Baumwollmärkten. Hier kommt der Markt über die verunglückte amerikanische Baumwollstützung nicht hinweg. Das nordamerikanische Farmamt hat im grösseren Ausmass Baumwolle angekauft, um die Preise zu halten. Nun sind aber finanzielle Schwierigkeiten eingetreten und die Nachrichten werden dringender, dass das Farmamt in absehbarer Zeit anfangen müsse, seine zu Preisstützungszwecken aufgehäuften Vorräte zu verkaufen. Die Bemühungen landwirtschaftlicher Kreise, dem Farmamt neue Subventionen aus allgemeinen Mitteln zu verschaffen, mit denen weiter "valorisiert" werden soll, sind fehlgeschlagen. Die Nachrichten über Anbau und Felderstand in den Baumwollstaaten der nordamerikanischen Union sind dagegen auf ziemlich normal abgestimmt. Auch hat sich die Hoffnung auf eine wirklich durchgreifende Einschränkung des Baumwollanbaus nicht erfüllt.

Der Wollmarkt konnte sich leidlich behaupten, wenn auch die Preise bei der letzten Londoner Versteigerung unter den Preisen vom März lagen. Aber auch hier ist die Lage alles andere als gesund.

Besonders deutlich ist der ungünstige Einfluss der Wertpapierbörsen an den amerikanischen Getreidemärkten zu erkennen. Nach einer kurzen Zeit der Preisbesserung haben die Preise nicht unerheblich nachgegeben, obwohl die Winterweizenernte ohne Zweifel schlecht ausfallen wird. Allerdings sind die Aussichten für die Sommerweizenernte in Kanada und Nordamerika günstiger. Ob

aber so der Ausfall bei der Winterweizenernte ausgeglichen werden kann, ist überaus fraglich. Selbst wenn ein gewisser Ausgleich stattfinden sollte, wird die Versorgung der grossen Ueberschussgebiete diesmal weit geringer sein als im Vorjahre.

Die Inflationenfurcht, die ja international ist und in vielen Ländern einer gewissen Berechtigung nicht entbehrt, führte besonders auf den Metallmärkten zu grösseren Käufen. Teilweise erinnerten diese Käufe an die berühmte "Werterhaltung" während früherer Inflationsperioden, wobei ja die Anlage von Riesenkapitalien in Metallen von der grossen Spekulation bevorzugt wurde. Aber auch die Inflationskäufe in Metall konnten den Markt nicht anregen. Die Bestände sind eben so gross, als dass sie von einer vorübergehenden Inflationswelle nicht weggespült werden konnten. Das hat sich am deutlichsten beim Zink gezeigt. Angesichts stärkerer Inflationskäufe musste das europäische Zinkkartell in seiner letzten Sitzung feststellen, dass trotz Produktionseinschränkungen auf 50 % die Bestände nur auf die Hälfte gesunken seien und dass man höchstens hoffen dürfe, den immerhin grossen Rest im laufenden Jahr verschwinden zu lassen. Gründe, die diesen Optimismus rechtfertigen können, sind aber kaum ersichtlich. Preisbesserungen haben auch die Zinkverkäufe nicht nach sich gezogen, auch die Tatsache nicht, dass in Amerika die Preise etwas in die Höhe manipuliert wurden. Die Kupferpreise vermochten sich ebenfalls nicht zu bessern, obwohl die Möglichkeit besteht, dass Amerika einen ziemlich hohen Kupferzoll einführt.

Auf dem Gummimarkt haben sich die Verschlechterungen weiter fortgesetzt. Eine Zeitlang erschien die amerikanische Reifenindustrie wieder am Markt, weil sie Furcht vor einem hohen Gummizoll hatte. Nachdem sich die Reifenindustrie wieder zurückgezogen hat, liegt der Markt so gut wie leblos da. Auch Zucker zeigt kaum veränderte Tiefpreise, während nur der Preis für Kaffee, die einzige Ware von Bedeutung, festliegt. Die Brasilianer haben wiederum 6,5 Millionen Sack Kaffee vernichtet. Man muss sich eine Vorstellung von dem Ausmass dieser Wertzerstörung machen. 6,5 Millionen Sack Kaffee, das ist der Verbrauch in Deutschland für 4 Jahre. Trotzdem hat Brasilien noch einen Ueberfluss von etwa 20 - 25 Millionen Sack. Da die internationalen Bankiers aber weiter Anleihen an Brasilien gewähren - eben um das einmal in die Kaffeespekulation hereingesteckte Geld zu retten -, ist wohl damit zu rechnen, dass die Brasilianer den alten Preis zu halten vermögen.

SPD. Der in der ersten Juniwoche eingetretene Rückgang des von der Reichsbank gewährten Kredits ist weit niedriger als der in der ersten Maiwoche. Er wird mit 97,8 Millionen angegeben, wodurch sich die gesamte Kapitalanlage auf 3 531,4 Millionen senkt. In der ersten Maiwoche ging die Kapitalanlage um 187,2 Millionen auf 3 628,3 Millionen Mark zurück. Der Wechselkredit nahm in der ersten Juniwoche um 41,2 Millionen Mark auf 3 031,4 Millionen Mark ab.

Nachdem die Reichsbank längere Zeit hindurch eine ausgeglichene Devisenbilanz aufweisen konnte, meldet sie für die erste Juniwoche einen Rückgang in der Devisenreserve um 4,7 Millionen Mark auf 986,6 Millionen Mark. Im einzelnen haben sich die Goldbestände um 14,3 Millionen auf 848,4 Millionen vermindert, während die Devisenbestände um 9,6 Millionen auf 138,2 Millionen zunahmen.

Die Deckung der Noten in Gold und Devisen stellt sich in der ersten Juniwoche auf 25,4 % gegen 25 % in der letzten Maiwoche und 24,7 % in der ersten Maiwoche.

SPD. Hapag=Lloyd, die beiden Riesenreedereien, die die deutsche Grossschiffahrt zum grössten Teil beherrschen, halten in ihren Abschlüssen für 1931 nicht mit der Andeutung zurück, dass die bereits vorgenommene Sanierung nur eine Ueberbrückungssanierung sei und dass das Reich wahrscheinlich noch recht tief in die Tasche greifen müsse, um, wie man sich ausdrückt, eine endgültige Sanierung der Schiffahrt durchzuführen. Vorerst ist der Riesencredit, den die Grossschiffahrt unter Reichsgarantie erhalten hat und mit deren Zurückzahlung man mit dem Frühsommer rechnete, bis Ende Februar 1933 verlängert worden. Eine weitere Verlängerung ist vorgesehen und man fragt sich, wann das Reich infolge dieser Garantie bluten muss. Die Grossschiffahrt stellt unverblümt die Forderung nach neuen Subventionen und das Adelskabinett wird sich dieser Forderung nicht entziehen. Wofür hat man denn schliesslich ein Adelskabinett!

In der Union Hapag=Lloyd sind die Einnahmen während des Betriebsjahres 1931 um etwa 20 % zurückgegangen. Die entstandenen Unkosten konnten nicht gedeckt werden. Wie sich im einzelnen die Ertragsrechnung für das verfllossene Jahr gestaltet hat, ist schwer zu erkennen, da die ersten Erfordernisse einer ausreichenden Publizität bei beiden Gesellschaften ausser Acht gelassen worden sind. Für den Einnahmeausfall wird in der Hauptsache auf den Protektionismus und die Autarkiebestrebungen verwiesen, auf den schrumpfenden Welthandel, auf die Absperrung der einzelnen Wirtschaften, auf die Unordnung der Devisenmärkte, auf die Einfuhr- und Einwanderungsverbote usw. In diesem Zusammenhang wird auch mit der deutschen Autarkie abgerechnet. Im Hapag-Bericht heisst es u.a.: "Die meist mit plötzlicher Wirkung einsetzende deutsche Agrar- und Zollgesetzgebung des letzten Jahres schränkte das Frachtvolumen im ein-kommenden Verkehr immer mehr ein und führte in einzelnen Fällen bis zur scharfen Boycottbewegungen gegen die Einfuhr deutscher Waren und selbst zu einer Abkehr von der Verfrachtung in deutschen Schiffen". Das sind böse Folgen der handelspolitischen Provokationen in Deutschland, böse Folgen des deutschen Autarkierummels und wir geben schon der Hapag recht, wenn sie sich dagegen verwahrt, dass derartige utopistische Experimente "einseitig auf Kosten eines anderen lebensnotwendigen Gewerbes, der deutschen Handelsschiffahrt, getroffen werden." Wir können uns aber nicht enthalten, darauf zu verweisen, dass man sowohl in Bremen wie in Hamburg ideell und materiell, sehr wahrscheinlich handelt es sich dabei um grosse Summen, die nationalistische Bewegung unterstützt hat, die die Autarkie auf ihr Banner schreibt.

Man hat beim Lloyd und auch bei der Hapag eingreifende Massnahmen getroffen, um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben erzielen. Dazu gehört der Lohnabbau. Im Geschäftsbericht muss aber gesagt werden, dass der gewiss ziemlich weitgehende Lohnabbau die Rentabilitätsverhältnisse nicht bessern konnte. Dafür waren besonders die Zinslasten zu hoch. Das ist ja nicht nur bei der Schiffahrt festgestellt worden, sondern auch anderswo. Aber auch im Belegschaftsabbau hat die Arbeiterschaft die Last der Ueberbrückungssanierung tragen müssen. Beim Lloyd verringerte sich der Personalbestand von 18 426 Personen Ende 1930 auf 15 884 Ende 1931 und bei der Hapag von 11 860 auf 10 230.

Im übrigen hat man im Fahrdienst rationalisiert, in der Art, dass Ende 1931 z.B. ein Fünftel der Hapagflotte stilllag. Das Fahrprogramm für das laufende Jahr geht gegenüber dem Vorjahr von einem Verkehrsrückgang von 35 % aus. Aber auch das dürfte, so wird betont, den Ausgleich in Einnahmen aus Ausgaben nicht bringen. Trotz der bereits vorgenommenen Sanierung, wobei die Hapag 154 Millionen Mark Verluste streicht und der Lloyd nicht weniger als 141 Millionen, in der Hauptsache durch Zusammenlegung des Kapitals im Verhältnis von 3 : 1, durch Auflösung der Sonderrücklagen und durch Verwendung der amerikanischen Freigabegelder. Durch den Kapitalschnitt ist vielmehr das Verhältnis von Schulden zu den Eigenmitteln noch ungünstiger geworden. Dazu kommt, dass sich die Zinslast durch den neuen, vom Reich garantierten Kredit gesteigert hat.

In Bremen und Hamburg hat man immer das Lied von der freien Schifffahrt gesungen. Heute verlangt diese freie Schifffahrt weitere Riesensubventionen. In den Konjunkturjahren, in denen es beiden Gesellschaften gut ging, glaubte man die Geschäftsberichte noch durch höchst überflüssige und ungerechtfertigte Klagen über "hohe" Löhne und über den "Druck" der Soziallasten ausfüllen zu können. Währenddessen wurde in Bremen wie in Hamburg eine Finanzwirtschaft getrieben, eine Ueberexpansion vorgenommen, die allen wirtschaftlichen Grundsätzen Hohn spricht. Jetzt ruft man nach der Hilfe des Reichs, ohne aber dem Reich Einfluss auf die Grossschifffahrt gestatten zu wollen. Diese kaufmännisch durchaus berechtigte Forderung erheben nur die Sozialdemokraten. Aber von denen sagen ja die Hamburger und die Bremer, das seien die Marxisten, die an allem schuld sind. Unschuldige sind wahrscheinlich nur die Herren, die in Wirklichkeit die Verantwortung für die Misswirtschaft in der Hapag=Lloyd=Union tragen!

SPD. Die Stadt Duisburg, im rheinisch=westfälischen Industriegebiet gelegen, sah sich zu der Erklärung genötigt, die am 1. Juni fällig gewordenen Zinsen für ihre Anleihen nicht zahlen zu können. Noch vor kurzer Zeit wäre das eine Alarmnachricht gewesen. Heute nimmt man sie ohne grosse Ueberraschung hin; weiss man doch, dass der Fall der Stadt Duisburg nicht der einzige ist und sein wird. Andere Gemeinden werden folgen und müssen folgen. Besonders bedrohlich ist die Lage für die Städte im westlichen Industriegebiet, die stark unter der Not der Erwerbslosen leiden.

Das zurückgetretene Kabinett Dr. Brüning hat seine grosse Aktion eingeleitet, mit dem Ziel, den Gemeinden Hilfe zu bringen, ohne dass man die soziale Fürsorge und die Erwerbslosenfürsorge zerschlug. Es war geplant, den Gemeinden die Summe von 700 Millionen Mark für die Linderung der finanziellen Not zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zwecke hat das Kabinett Brüning den Gedanken einer Beschäftigtensteuer aufgegriffen.

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Brüning hat es geheissen, der Reichspräsident habe sich geweigert, eine Notverordnung zu unterzeichnen, die neue Lasten bringe. Das Adelskabinett wurde auch mit dem Fanfarenstoss angekündigt, die Zeit der notverordneten Steuern und Belastungen sei nun vorüber; das neue Kabinett werde keine neuen Steuern notverordnen.

Dem Adelskabinett muss zugestanden werden, dass es sich gegenüber der Not der Gemeinden äusserst schwerhörig verhält. Alles Dringen und Bitten der Gemeinden hatte bisher keinen Erfolg bei den adligen Herren. Während man auf der andern Seite den Grossagrariern grossherzig entgegenkommt und neue Millionen zum Fenster herauswirft, zeigte man gegenüber den Gemeinden die grösste Passivität. Vielleicht wäre das Adelskabinett nicht so schwerhörig, wenn es sich nicht um Erwerbslose handelte. Sicherlich hätte man, wenn es nicht um Erwerbslose geht gegenüber einer kritischen Lage, wie sie sich bei den Gemeinden entwickelt hat, ein offenes Ohr. Aber schliesslich glaubt man durch eine derartige Zauderpolitik dem Ziel, der Abschaffung bzw. der schlimmsten Drosselung der Erwerbslosenfürsorge näherzukommen.

Das Reichskabinett wird sich auf die Dauer der Notlage der Gemeinden nicht entziehen können. Bis jetzt weiss man nicht, wie die Notstandsaktion des Kabinetts von Papen aussehen wird. Nur so viel ist sicher, dass die Adelsregierung auf dieselbe Beschäftigtensteuer zurückgreifen wird, die das Kabinett Brüning schon erwogen hat. Obwohl man keine neue Notverordnung machen wollte, die weitere Lasten bringt.

Schwach.

(Berliner Getreidebörse vom 9. Juni)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Donnerstag eine sehr schwache Stimmung. Insbesondere war für Weizen die Tendenz sehr matt, da das Angebot an prompter Ware ausserordentlich reichlich war, während die Nachfrage sich in allerengsten Grenzen hielt. Auch das Angebot an Herbstweizen war größer geworden, während sich die Mühlen bei ihren Einkäufen sehr zurückhielten. Infolgedessen gingen die Notizen für prompten Weizen zurück, während sich am Markte der Zeitgeschäfte Preisverluste von etwa 2 Mark ergaben. Prompte Ware war so gut wie unverkäuflich. Die Mühlen kauften Inlandsroggen in prompter Ware nur dann, wenn die Preise nicht höher liegen als die üblichen Forderungen für Russenroggen. Demzufolge ging auch hier die Notiz um 1 Mark zurück, während sich am Markte der Zeitgeschäfte Preisrückgänge von $1\frac{1}{2}$ bis 2 Mark ergaben. Auch der Mehlmarkt verkehrte in sehr ruhiger Haltung. Promptes Weizenmehl war zwar in den Forderungen der Mühlen wieder leicht herabgesetzt worden, fand aber trotzdem wenig Käufer. Auch in Herbstmehl konnte sich nur geringes Geschäft entwickeln. Roggenmehl hatte unveränderte Preise und kleines laufendes Konsumgeschäft. Hafer liess sich sehr schwer absetzen, obwohl die Forderungen der Figner jetzt etwas niedriger gehalten sind.

	<u>8.6.</u>	<u>9.6.</u>
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	259 - 261	255 - 257
Roggen	192 - 194	191 - 193
Futter- und Industrieroggen	172 - 178	170 - 176
Hafer	161 - 165	159 - 163
Weizenmehl	31,75 - 35,50	31,25 - 35,25
Roggenmehl	25,75 - 27,75	25,60 - 27,60
Weizenkleie	10,60 - 11,10	10,60 - 11,00
Roggenkleie	9,80 - 10,30	9,80 - 10,30

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli $266\frac{1}{2}$ - 265 (267),
 September $233\frac{1}{2}$ - 233 (235), Oktober $234\frac{1}{2}$ (237), Dezember $238-237\frac{1}{2}$ (240 $\frac{1}{2}$), Roggen Juli $186\frac{1}{2}-186\frac{1}{4}$ (189), September $184\frac{1}{2}-183\frac{1}{2}$ (186 $\frac{1}{2}$), Oktober $185\frac{1}{2}-184\frac{1}{2}$ (187),
 Dezember $188\frac{3}{4}-187$ (190 $\frac{1}{2}$), Hafer Juli 170 - 168 $\frac{1}{2}$ (172), Sept. - (152).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier: (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 9. Juni). A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische, gestempelte, über 65 g 7,25, über 60 g 7, über 53 gr 6,25, über 48 g 5,50; frische Eier über 60 g 6,50, über 53 g 6; aussortierte, kleine und Schmutzeier 5. B. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 7,25, 17er 6,75, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 6, leichte 5,25; Holländer 60-62 g 6,25-6,50, 57-58 g 6; Rumänen 4,75-5,25; Russen normale 4,25-5; kleine, Mittel- und Schmutzeier 4 - 4,25. Die Preise verstehen sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: kühl. Tendenz: ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E - S P D

Nr. 43

Berlin, den 9. Juni 1935

Trinkerfürsorge.^x

SPD. Die bekannte Duplizität der Ereignisse führt an gleichem Tage zwei Fälle in unsre Sprechstunde, die beide das gleiche Schicksal und das gleiche Wunschbild vortragen: Zwei Frauen erscheinen, deren Männer Trinker sind mit all den üblichen asozialen Begleiterscheinungen, die durch Trunksucht hervorgerufen zu werden pflegen. Beide Frauen fordern Entmündigung ihrer Männer. Sie tragen ihr Leid vor, und menschliches Mitfühlen kann sich der nur zu berechtigten Forderung auf Entmündigung nicht verschliessen.

Aber - so einfach ist der Gang der Dinge leider nicht. Wohl enthält das BGB in § 6, Ziffer 3, die Worte: "Wer infolge von Trunksucht seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag oder sich oder seine Familie der Gefahr des Notstandes aussetzt oder die Sicherheit Anderer gefährdet...." Aus dieser Formulierung spricht eine gewisse Vorsorglichkeit, drohende Gefährdung des Familienbesitzes und verhüten, einem Verfall vorzubeugen. Das Gesetz an sich ist gut gemeint. Es drängen sich jedoch bei der Handhabung des Entmündigungsverfahrens eine Menge Einzelfragen auf, die von den zur Entscheidung berufenen Richtern sorgfältig erwogen werden müssen, deren Einstellung allerdings auch subjektiv sein wird, sodass sie oft eine unliebsame Verzögerung oder überhaupt eine Ablehnung des Verfahrens zur Folge haben kann.

Diese Erfahrung mussten vielfach die Trinkerfürsorgestellen machen. Sie hatten an die Entmündigung wegen Trunksucht allzu grosse Hoffnungen für erfolgreiche Trinkerfürsorgearbeit gesetzt und sahen sich infolge allzu gewissenhafter Einstellung mancher Richter schmerzlich in ihren Erwartungen getäuscht. Das Gericht vertritt in erster Linie die Pflege des Rechts. Die Einstellung zu fürsorgerischen Massnahmen kann ihm fern liegen, so erwünscht auch immer die Berücksichtigung sozialer Massnahmen ist und sein muss. Auch wird bei der Einleitung und Durchführung eines Entmündigungsverfahrens wegen Trunksucht viel davon abhängen, ob der Richter im Trinker einen moralisch gesunkenen oder einen seelisch aus dem Gleichgewicht geratenen kranken Menschen sieht. Ferner verlangt der gewissenhafte Richter klar feststehende Tatbestandsmerkmale. Bis solche Merkmale vorliegen, kann es aber oftmals schon zu spät sein, um der Familie des Trinkers noch zu nützen, obwohl das Kommissionsprotokoll zu § 6, Ziffer 3, des BGB besagt: "Zur Bestimmung der Voraussetzungen der Entmündigung bedarf es einer näheren Definition des Ausdruckes Trunksucht nicht". Der Gesetzgeber wollte verhüten; diese Absicht kommt in diesem Passus klar zum Ausdruck. Er legt weniger Wert auf die Feststellung des Schadens als vielmehr auf die Verhütung von Schäden, die durch den Trinker verursacht werden können gegen seine Familie und schliesslich auch gegen sich selbst.

Der gewissenhafte Richter würde vielleicht entschluss Schneller handeln, wenn er sich der Verfeinerungsmethoden hinsichtlich der Persönlichkeitsforschung bediente, die zur Zeit der Einführung des BGB noch nicht dem heutigen Stande der Wissenschaft entsprachen. Diese Berücksichtigung darf nicht ausser Acht gelassen werden. Sie führt ganz von selbst zur Heranziehung eines ärztlichen Sachverständigen, wie es schon längst eine Forderung des Tages ist, dass in allen kritischen Fällen Jurist und Arzt Hand in Hand ar-

beiten müssen. Hier im besonderen ist ein Zusammengehen ganz unerlässlich. Zur Zeit der Einführung des BGB galt Trunksucht als ein moralischer Defekt. Heute neigt die Wissenschaft zu der Erkenntnis, dass es sich bei der Trunksucht um fortschreitende Erkrankungen mit schweren organischen Störungen mit abnormen seelischen Zuständen handelt, die eine ärztliche Behandlung nicht entbehren können. Eben weil der Trinker ein kranker Mensch ist, muss ihm sein vermeintliches Recht, Alkohol in beliebigen Mengen zu sich zu nehmen, beschnitten werden durch rechtzeitige Einleitung des Entmündigungsverfahrens und Unterbringung in eine Heilanstalt. Es darf nicht so lange gewartet werden, bis die Familie durch die Brutalitäten und Misshandlungen eines trunksüchtigen Vaters an den Rand der Verzweiflung gebracht wird. Die vom Trinker gefürchtete Entmündigung kann ihrer Härte durchaus entkleidet werden durch die "vorläufige" Entmündigung. Diese wird nicht veröffentlicht, im Gegensatz zur "endgültigen" Entmündigung, und die Rechte des Vormundes werden durch die mildere Massnahme doch nicht gemindert. Für den Fall der Rückfälligkeitsgefahr nach Ablauf der Bewährungsfrist bleibt immer noch die Möglichkeit der "endgültigen" Entmündigung. Je frühzeitiger die vorläufige Entmündigung einsetzt, um so sicherer wird ein Heilerfolg sein.

Dass die Familie häufig vor dem Antrag auf Entmündigung zurückschreckt, ist menschlich verständlich. Zur Stellung des Antrages ist die Ehefrau berechtigt; er ist ein Akt der Selbsthilfe. Gleichwohl verzichtet sie oft darauf. Sie nimmt wohl hier und da die Hilfe der Polizei, dieses Mädchens für alles, in Anspruch, wenn das betrunkene Familien="Oberhaupt" einmal gar zu forsch vorgeht und sie und die Kinder verprügelt und alles kurz und klein schlägt, aber zu einem Antrag auf Entmündigung kann sie sich schwer aufraffen. Es wird Aufgabe der Fürsorgeämter sein müssen, zur Verhütung grösseren Schadens ihrerseits Anträge auf Entmündigung zu stellen zu einer Zeit, wo die Heilkur des Trinkers noch Erfolg verspricht. Die zur Zeit herrschende Psychose in allen Fürsorgeämtern, die Ablehnung aller "nicht unbedingt nötigen" Fürsorgemassnahmen wird wieder weichen. In diesem Falle um so sicherer, als es darum geht, aus gemeingefährlichen kranken Menschen mit kulturwidrigem Verhalten wieder nützliche Glieder innerhalb der Gesellschaft zu machen.

Schwester Lydia Ruehland.

Mutter Landois.^x

SPD. Monsieur Landois war ausser sich. Er führte den Abbé durch das Haus und zeigte hinaus. "Sehen Sie, das muss man sich gefallen lassen!"

Auf dem Hofe des Herrn Pierre Landois standen zwei ungeheuer starke Lastwagen. Sie trugen zusammen ein Geschützrohr von solchen Ausmassen, wie Herr Landois es sich bisher nicht hätte vorstellen können.

"Mon Dieu, mon Dieu!" murmelte der Abbé und sah sich scheu um, ob nicht Deutsche in der Nähe wären. "Unsere armen Poilus!"

Eine Weile betrachteten die Männer schweigend das furchtbare Ungetüm. Dann traten sie in die blitzsaubere Küche der Madame Landois. Madame schenkte Tee in die Schalen. Während Monsieur Pierre den Tee übersah, hob der Abbé genierisch die Schale. Nach dem Schluck schob er den Kopf nach Pierre hin. "In und um St. Quentin stehen viertausend Geschütze."

Pierre fuhr zusammen und sah den Abbé ungläubig an. "Sie wissen das?"

Der Geistliche lächelte nur. "Die Deutschen haben Grosses vor". Dann sprang er plötzlich auf. Ein fanatisches Feuer brannte in seinen Augen. "Mon Dieu! Sie werden sehen, Herr Landois, es wird das Letzte sein. In sechs Monaten sind die Deutschen raus!"

Pierre Landois warf einen schnellen Blick in die Runde. Das war so seine

Gewohnheit, seitdem er mehr Deutsch als Französisch hörte. Auf dem Hofe wurde es laut. Die Artilleristen schleppten Buschwerk herbei, um das Geschützrohr gegen Fliegersicht abzudecken.

Als der Abbé ging, sagte er noch zu Pierre Landois: "Steht nicht Ihr Sohn, der Emile, bei der Infanterie in Montdidier?"

Pierre nickte. "Sein Regiment liegt drüben vor St. Quentin!"

Pierre hatte beide Hände in die Taschen geschoben. Sie ballten sich zu Fäusten. So trat er auf den Hof hinaus. Das Geschützrohr musste er sehen. Es war länger als sein Haus. Da konnte er den Anblick doch nicht mehr ertragen. Er versuchte, die Gazette zu lesen. Aber es wurde nichts damit. Später sagte er zu Madame Landois: "Weisst du, das Ding da... mir ist's, als wäre ich derjenige, der es richtet."

"Sei still, Pierre!" flüsterte Madame.

Am 21. März traten die Deutschen zum grossen Vormarsch an. Die Erde bebte vom Kanonendonner, und die Strassen waren voll von Kolonnen und Fussvolk. Immer mehr Deutsche zogen westwärts. Nach zwei Tagen wurde das Rollen schwächer; es verlor sich in der Ferne.

In Bernot meldete sich der Frühling wie immer. Ein erstes Grünen und Blühen leuchtete aus dem Gebüsch.

Madame Landois war unruhig. Von dem Regiment ihres Sohnes waren Gefangene durch das Städtchen gekommen. Einzelnen und in Trupps belebten sie noch immer die Landstrasse. Mehr als einmal war sie schon auf die Strasse hinausgetreten, um Näheres zu hören. Vielleicht... dachte Mutter Landois. Dabei schlug ihr das Herz bis in die Kehle.

Aber ihre Wege waren vergebens.

Vater Landois war nicht aus der Tür getreten seit drei Tagen. Vom Fenster aus hatte er den Gefangenen nachgesehen. Er wusste, dass die Deutschen über den Crozat-Kanal bis nach Ham, dem englischen Hauptquartier, vorgerückt waren. Immer musste er an die Worte des Abbé denken. "Sechs Monate noch", hat teder gesagt. Und nun dies. Sehr finster blickte Herr Landois.

In der Abenddämmerung des dritten Tages trat plötzlich ein leichtverwundeter deutscher Unteroffizier in sein Haus. "Monsieur Pierre Landois?" fragte er.

"Oui, M'ssieur!" Vater Landois trat zurück, als fürchte er, noch mehr zu hören. Madame stand wie angewachsen mitten in der Küche. Die Hand fuhr nach dem Herzen. Da drehte sich der Deutsche nach der Tür. "He, Kamerad!" rief er, "Komm rein!"

Vor Madame Landois stand Emile, jung und braun und unverwundet. Es war, als hätte der kleine Raum, als hätte das ganze Haus einen Herzschlag, der nun aussetzte. Still war's. Die nestelnden Hände der Mutter Landois fuhren an dem Sohne auf und ab. Madame konnte kaum glauben, dass ihr Sohn vor ihr stand. Der Deutsche sah nach dem Napoleonbildnis an der Wand. Unwirklich wie ein halbvergessener Traum war in diesem Augenblicke der Krieg.

Als Mutter und Sohn sich in stürmischer Umarmung erlösten, trat Pierre Landois ans Fenster. Er sah hinaus, obgleich es draussen schon fast dunkel war. Emile umarmte ihn von hinten. Der Alte wehrte ab und stand wie vordem. Beklemmendes Schweigen trat ein. Während Mutter Landois noch ganz im Schreck gebannt war, tauschten die Soldaten einen Blick.

Da riss Madame den Alten vom Fenster fort. "Du, - Emile - dein Sohn!"

Er sah verächtlich seinen Sohn von unten bis oben an, liess den Blick wie von ungefähr über das Napoleonbild gleiten und trat wieder ans Fenster. "Gefangen, gefangen!" knurrte er.

Mutter Landois verstand das nicht. Doch die Soldaten lächelten nun. Und als die Frau das Lächeln sah, sagte sie zu Pierre: "Aber das ist doch gut!"

"Eine Schande ist's!" schrie der Alte. Damit nahm er den Hut und ging fort. Die Soldaten lachten aus vollem Halse. Mutter Landois aber tischte auf.

was ihre Küche herzugeben vermochte. Beim knisternden Kaminfeuer sassen sie noch lange und merkten nichts von der Zeit. Dann bereitete Madame in Emiles Kammer zwei Lager, eins für Emile, eins für den Deutschen. Als die Soldaten schliefen, zündete sie zwei Kerzen an, stellte sie zu beiden Seiten des Kruzifixes und liess den Rosenkranz durch die Finger gleiten. Dreieinhalb Jahre lang war ihr Herz nicht zur Ruhe gekommen. Nun hatte es nicht nur Ruhe; nun war es froh, dass sie nicht wusste, was sie vor Glück denken und tun sollte.

Monsieur Pierre Landois schlief in dieser Nacht bei Nachbarn.

Früh hantierte Mutter Landois in der Küche herum. Zwei Pakete lagen bereit; eins für Emile, eins für den Deutschen. Auf dem Tische dampfte der Kaffee.

Als die Soldaten fort waren, kam Monsieur Pierre Landois zurück. Er schalt nicht mit Madame, aber er sprach auch sonst nichts.

Paul Behlau.

X
Höhensonne gegen Zahnlockerung.

SPD. Eine der gefürchtetsten Zahnerkrankungen ist das plötzliche Lockerwerden entweder völlig gesunder Zähne oder solcher Zähne, deren Zahnfleisch gleichzeitig unter Entzündungserscheinungen erkrankt. Bisher gab es dagegen so gut wie gar kein Mittel. Die Zähne mussten meistens entfernt und durch künstliche ersetzt werden mitunter gelang ein mühsames Ausheilen der Entzündungserscheinungen, wobei dann manchmal die Zähne erhalten werden konnten durch Stützung mittels künstlicher Schienen oder Brücken usw. Es ist daher von grossem Interesse, dass seit einiger Zeit sich die Berichte in der zahnärztlichen Presse mehren, nach denen es gelungen ist, durch Ultraviolettbestrahlung des Zahnfleisches mit künstlicher Höhensonne Zahnfleischentzündungen rasch zur Heilung zu bringen. Ja, es wird mitgeteilt, dass locker gewordene Zähne nach der Höhensonnenbestrahlung wieder kaufest wurden.

Die ersten Nachrichten über diese neueren bedeutsamen Erfolge der Quarzlampebehandlung kamen aus Amerika, dem Lande, wo man den Wert und die Schönheit guter Zähne besonders hoch einschätzt. Professor Sampson berichtete über einen ganz trostlosen Fall von Zahnlockerung (Paradentose), bei dem jedes Kauen schon unmöglich war und alle Zähne schon für verloren galten. Mit energischer Quarzlampebestrahlung gelang es ihm, die schwere Paradentose vollkommen auszuheilen. Der Patient stellte sich einige Jahre später mit völlig gesundem Gebisse seinem Erretter dankend vor, und zum Beweise seiner guten Zähne knackte er vor den Augen des erstaunten Arztes harte Paranüsse.

Ausser bei der Zahnlockerung wird auch bei Zahncaries (Zahnfäulnis) mit bestem Erfolge die Höhensonne angewandt, hier allerdings vorzugsweise prophylaktisch in Form von Körperbestrahlungen zur Vorbeugung und Verhütung.

Die wissenschaftliche Begründung für diese Heilwirkung ist recht klar: Man weiss, dass es bei Rhachitis heute kaum ein zuverlässigeres Heilmittel gibt als Ultraviolettbestrahlung mit der Quarzlampe. Ultraviolettes Licht verbessert den Kalk- und Phosphorstoffwechsel des Knochengerüsts, schützt vor Verfall der Knochensubstanz an jeder Stelle, und darum auch an den Zähnen, die aus gleichem Stoffe wie die Knochen, wesentlich aus Kalk und Phosphorsäure in edelster Form bestehen. Die höchsten Ansprüche an Kalk und Phosphor stellt naturgemäss das werdende Kind für sein Knochengerüst an seine künftige Mutter. Ein Arzt kleidete das in die sehr zutreffenden Worte: "Das Kind nimmt sich rücksichtslos, was es braucht". Nicht alle Frauen vertragen diesen Angriff ganz ohne Schaden. Viele von ihnen verarmen an Kalk und Phosphor; sie verlieren Zähne, werden hinfällig und altern vorzeitig. Auch das spätere

Stillen des Kindes fällt ihnen schwer. Auch hier erweist sich als natürlichstes und wirksamstes Gegenmittel die rechtzeitige vorbeugende Bestrahlung des Körpers mit Ultraviolettstrahlen. Die Nahrung bietet dem Körper immer schon ohne Zugabe genügend Kalk und Phosphor dar; jedoch nur bei Besonnung - wo es angeht, mit Natursonne, sonst mit der viel schneller arbeitenden künstlichen Höhensonne - wird der dem Körper dargebotene Kalk=Phosphor assimilierbar, d.h. aufgeschlossen von den Körpersäften aufnehmbar, verwertbar, anbaufähig.

Urlaub 1932.^x

SPD. Frau A.: Sehe ich recht? Rucksack und Lodenmantel? Sie wollen doch nicht etwa verreisen in der heutigen Zeit?

Frau F.: Richtig geraten? Mein Mann hat 10 Tage Urlaub, und nun nehmen wir unser Zelt und ziehen in die Sommerfrische am Müggelsee.

Frau A.: Sie müssen ja viel Geld haben. Oder kochen Sie am Ende auch draussen ab?

Frau F.: Aber selbstverständlich. Das Essen wird auf dem Spirituskocher zubereitet; tagsüber wird gepaddelt und geschwommen. Ach, das wird herrlich werden!

Frau A.: Ja, ja, das ist heute so Mode geworden. Ich habe so was in meiner Jugend nie gehabt, und meine Mutter und meine Grossmutter auch nicht, aber wir waren doch immer gesund. Für mich brauchte es überhaupt keinen Urlaub zu geben. Was hat unsereins denn davon? Der Mann schläft bis Mittag, nach dem Essen raucht er seine Pfeife, und Abends geht er ein Glas Bier trinken. Bei mir daheim aber geht die Arbeit weiter, als ob garnichts wäre.

Frau F.: Damit bin ich aber garnicht einverstanden. Unser Urlaub und die Art, wie der Arbeiter ihn verbringt - das ist keine Modesache. Die Gewerkschaften wussten schon, weshalb sie sich Jahrzehnte lang dafür eingesetzt haben. Ich sehe garnicht ein, weshalb wir das heute freiwillig preisgeben sollen.

Frau A.: Die Gewerkschaften? Was haben die denn mit dem Urlaub zu tun?

Frau F.: Sehr viel. Denken Sie doch daran, wie es vor dem Kriege war! Damals hatten nur die Beamten ihre Ferien. Die Angestellten und Arbeiter hätten kein Recht auf Ausspannung. Heute aber gibt es eine tarifliche Arbeits- und Urlaubsregelung. Das verdanken wir dem gewerkschaftlichen Zusammenschluss.

Frau A.: Aber man hört doch manchmal, dass die Arbeitgeber heute versuchen den Arbeitern und Angestellten den Urlaub wieder zu streichen?

Frau A.: Ja, leider steht ihnen der Profit über der Volksgesundheit. Mir hat mein Mann einen Fall erzählt: Ein Arbeitgeber sagte seinen Angestellten ganz einfach: "Urlaub gibt's nicht mehr, aber dafür wird er abgegolten." Er wollte ihnen ein paar Mark geben, und dafür sollten sie ihren Urlaub opfern. Ein solcher Vorschlag müsste eben ganz entschiedene Abwehr finden, ohne Ausnahme. Aber leider gibt es eben immer wieder Menschen, die glauben, Urlaub sei bloss Modesache.

Frau A.: Na, nun ziehen Sie mich nur nicht durch den Kakao! Ein armer Mensch wie ich, der während seiner ganzen Jugend niemals aus der Stadt herausgekommen ist, der bleibt eben im alten Trott. Was soll unsereins machen! Sie wissen ja selbst, was für ein Einkommen ein Arbeiter heute hat. Und da muss man noch froh sein, dass er überhaupt noch in Lohn und Brot steht. Wir können mit dem besten Willen nicht verreisen.

Frau F.: Gewiss geht es uns allen heute schlecht, und trotzdem meine ich, wir sollen alles, was mit Kulturarbeit der Partei zusammenhängt, nach Möglichkeit nicht preisgeben. Wir haben unsern sozialistischen Bildungsausschuss,

der neben seinen Auslandsreisen auch billige Rucksackwanderungen organisiert. Wir haben die "Naturfreunde," mit ihren Heimen und die Arbeitersportvereine - sehen Sie, von denen kann man sich doch beraten lassen, wie man seinen Urlaub verbringt. Wir sind im letzten Jahre nicht verreist, und doch haben wir uns glänzend erholt.

Frau A.: Ein bisschen viel gesagt! Wie haben Sie denn das gemacht?

Frau F.: Mein Mann hat schon vor seinem Urlaub ein Programm für kühle, heisse und regenerische Tage zusammengestellt. War es heiss, dann wanderten wir Morgens in der Frühe irgendwohin, zum Beispiel in ein Strandbad, kochten Mittags ab, ruhten und spielten Ball, nahmen Sonnen-, Luft- und Wasserbäder und wanderten Abends erfrischt und sonnengebräunt heim. An kühlen Tagen haben wir kleine Wanderungen unternommen. Goss es in Strömen, dann waren wir auch nicht verdriesslich, sondern besuchten ein Museum, eine Gemäldegalerie oder lasen daheim. Natürlich waren diese Tage für uns alle eine Kette von Feiertagen, die ganz aus dem alltäglichen Rahmen herausfielen, und wir waren alle wie neugeborenen.

Frau A.: In Ihrem Haushalt muss es aber schön ausgesehen haben! Zum Arbeiten sind Sie doch dabei nicht gekommen.

Frau F.: Nein, ich habe weder gewaschen noch geplättet, noch gross gereinigt oder geputzt. Das muss man nämlich meiner Meinung nach tun, bevor der Urlaub anfängt. Im Urlaub ist für uns alle - und ich als Hausfrau rechne mich auch dazu - Faulheit Trumpf. Das gebe ich offen zu, und wenn Sie mich noch so entsetzt betrachten. Ich will auch mal Ferien haben! Im Urlaub werden nur rasch Morgens die Betten gelüftet, und, wenn es nötig ist, wische ich auch mal die Zimmer auf, aber sonst wird nichts angerührt. Wenn man den ganzen Tag draussen ist, wird der Haushalt doch auch nicht so schmutzig wie sonst.

Frau A.: Hm, das ist eigentlich auch wahr. Das muss ich mir mal durch den Kopf gehen lassen.

Frau F.: Ja, sehen Sie, wir sagen uns eben, die Partei und die Gewerkschaften haben die Freizeit und das Recht auf Freizeit für uns erkämpft, und deshalb müssen wir doch dem Urlaub auch einen Inhalt geben. Auf mich hat es einen tiefen Eindruck gemacht, als mein Mann mir mal ein Gedicht vorlas, das vor dem Kriege im "Simplizissimus" gestanden hat und an die Arbeiter gerichtet war. Einen Vers habe ich bis heute nicht vergessen:

"Hinter den Mauern, hinter den Schloten
liegt Euer Vaterland!
Ihr sollt Euch schlagen dafür und töten
Und habt es niemals gekannt."

So ist es gewesen. Wir haben weder unsre engere noch unsre weitere Heimat gekannt, denn wir haben nie Urlaub gehabt. Soll es so wieder werden?

Frau A.: Nein, nein! Wissen Sie, darüber habe ich ja noch nicht nachgedacht, was der Urlaub für uns Arbeiter als Gesamtheit bedeutet. Aber heute Abend will ich gleich mit meinem Manne darüber sprechen, und dann wollen wir sehen, ob wir nicht auch trotz der Wirtschaftsnot etwas mit unsrer Freizeit anfangen können.

E.M.

Willst du genau erfahren, was sich ziemt,
So frage nur bei edlen Frauen an!

Goethe.

Zeit und Nachdenken mildern auch die schlimmste Not.

Englisches Sprichwort.
